

Offene Fragen der Geschichte Band 9

Chronik von 1987 bis 1999

"Samtene Revolution",
Ende der DDR,
"Zwei-plus-Vier-Vertrag",
Zusammenbruch der UdSSR,
EU-Einheitsstaat,
Unsühnbare Kollektivschuld,
Massenverbrechen des Kommunismus,
NATO-Osterweiterung,
EU-Osterweiterung,
Anti-Kernenergie-Bewegung ...

Band 9/029

Chronik vom 11. August 1999 bis zum 11. November 1999

11.08.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 11. August 1999: >>Neue Pläne mit der Gedenkstätte Bergen-Belsen

... Nach ersten Plänen des Landes (Niedersachsen) soll die Gedenkstätte des Konzentrationslagers im Landkreis Celle thematisch und räumlich erweitert werden. ...

Praktisch zugleich mit den Zukunftsplänen für die Gedenkstätte hat die Bundesregierung angekündigt, die Mittel für die Gedenkstätten in Westdeutschland kräftig aufzustocken. Neben Dachau (Bayern) und Neuengamme (Bremen) soll vor allem Bergen-Belsen profitieren. 10 Millionen Mark zusätzlich will der Berliner Kulturstaatsminister Michael Naumann im kommenden Jahr zur Verfügung stellen. Im kommenden Jahr soll die Förderung auf 15 und später auf 20 Millionen Mark erhöht werden. Der Bund unterstützt die Gedenkstätten in Deutschland zur Zeit mit jährlich 50 Millionen Mark. ...<<

20.08.1999

USA: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 20. August 1999: >>NS-Opfer rechnen auf

Der Sonderbeauftragte des Bundeskanzlers für die Zwangsarbeiter-Entschädigung, Otto Graf Lambsdorff, ist am Donnerstag in Washington mit Forderungen von über 20 Milliarden Dollar an die deutsche Wirtschaft konfrontiert worden. ...<<

31.08.1999

USA: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 31. August 1999: >>USA pochen auf Lösung für NS-Zwangsarbeiter

Die USA haben vor den Folgen eines Fehlschlags der deutsch-amerikanischen Gespräche über die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern gewarnt.

Der stellvertretende Finanzminister Stuart Eizenstat erklärte, ein Fehlschlag könnte US-Firmen zu einem Boykott deutscher Waren veranlassen.

Somit drohten die Beziehungen zwischen den USA und Deutschland Schaden zu nehmen und deutsche Unternehmen getroffen zu werden. Solche Probleme mit einem der wichtigsten Verbündeten dürfe man nicht heraufbeschwören.<<

August 1999

BRD: Die russisch-jüdische Autorin Sonja Margolina kritisiert im August 1999 in der Zeitschrift "Mercur" (8/1999) die latenten Schuldkomplexe der Deutschen (x268/207): >>Auch in den internationalen Beziehungen leidet Deutschland unter dem Täterreflex.

Während die anderen europäischen Staaten die EU als die Fortsetzung ihrer nationalen Interessen in einer anderen Form verstehen, sieht Deutschland darin eine Aufhebung der nationalen zugunsten der angeblich europäischen Interessen. Die altruistische Einstellung hat zur Folge, daß Deutschland selbst seinen Partnern ideologische Argumente für die eigene Ausbeutung liefert. Zu bereitwillig werden in Frankreich und England antideutsche Klischees eingesetzt, wenn es darum geht, die "deutschen Interessen" in ihre Schranken zu verweisen.

Das läuft nach dem Motto: Wenn die Deutschen sich plötzlich um ihre nationalen Interessen kümmern, erwachen in ihnen die Nazis. ... Allerdings kann man nationale Interessen kaum überzeugend vertreten, wenn man die Nation ... als Tätergemeinschaft versteht und sich selbst der Zugehörigkeit zu ihr schämt.<<

Der deutsche Journalist und Publizist Johannes Gross (1932-1999) schreibt bereits im Jahre 1989 in seinem Buch "Phönix in Asche" (x268/229): >>... Wenn der Staat Flagge zeigt, tut er es halbmast, seine Feiertage sind Trauertage, die Bekundungen der Staatsmänner triefen von Betroffenheit.

Seine Geschichte ist in Wahrheit die des NS-Regimes und der Gedenktage seiner Greuel.<<

Der deutsche Historiker Alfred Schickel berichtet im August 1999 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 8 – 1999 über "Lehren aus der Vergangenheit?" (x853/...): >>... **Verdrängte Wirklichkeit der Geschichte**

Wer die letzten 60 Jahre bewußt miterlebt hat, steht ernsthaft in Versuchung, an der Lernfähigkeit der Menschen zu zweifeln.

Wüßte er nicht, daß dieses augenscheinliche Vermögen durch mehr Geschichtskennntnis und weniger Voreingenommenheit beseitigt werden könnte, müßte er in der Tat die Hoffnung auf Besserung aufgeben. Die dem Menschen geschenkte Gabe der Erinnerung bietet ihm jedoch die Möglichkeit, begangene Fehler einzusehen und ihre Wiederholung zu vermeiden. Voraussetzung sind dabei die Bereitschaft zu ehrlicher Überprüfung des eigenen Standpunktes und der erkennbare Wille, aus gesammelten Erfahrungen zu lernen.

Auf den aktuellen Balkan-Konflikt bezogen bedeutet dies zum ersten die rückhaltlose Erforschung seines geschichtlichen Hintergrunds und zum zweiten die bedingungslose Umsetzung der gewonnenen Erkenntnisse; gleichgültig ob sie opportun erscheint oder nicht in die politische Kampagne paßt.

Bei der Aufhellung des historischen Hintergrunds des akuten Kosovo-Konfliktes treten die friedensvertraglichen Festlegungen der Pariser Vorortverträge von 1919 in Erscheinung.

Sie segneten die serbische Gründung eines südslawischen Vielvölkerstaates auf dem Balkan völkerrechtlich ab und fügten mit "Jugoslawien" der sogenannten "Kleinen Entente" einen wichtigen Bestandteil hinzu.

Zusammen mit Polen, der Tschechoslowakei und Rumänien hatte dieses neue Staatengebilde auf dem Balkan Frankreichs traditionellen Bündnispartner im Osten, Rußland, zu ersetzen und sich als Einschließungsring ("Cordon sanitaire") um das Deutsche Reich zu legen.

Daß Jugoslawien - ähnlich wie die "Tschechoslowakische Republik" (CSR) - als multinationaler Staat schwere innenpolitische Probleme hatte, bekümmerte die Friedensmacher von 1919 nicht sonderlich. Entgegen allen abgegebenen Versprechungen hatten sich die nach Österreich bzw. Deutschland ausrichtenden Sudetendeutschen den Tschechen ebenso zu fügen wie die nach staatlicher Selbständigkeit strebenden Kroaten.

Tschechen wie Serben fühlten sich als Mitsieger des Ersten Weltkriegs und ließen dies ihre deutschen bzw. kroatischen "Mitbürger" spüren.

Die Ereignisse der Jahre 1938/39 und 1941 waren die Folgen. Da sie sich im Zusammenhang mit der NS-Diktatur in Deutschland vollzogen, suchte man ihre Ergebnisse 1945 wieder rückgängig zu machen und die Volksdeutschen als die Schuldigen hinzustellen. Ihre Ausweisung sollte einem abermaligen Zerfall vorbeugen.

Entsprechend wurde die CSR nach dem Krieg durch die Vertreibung der Sudetendeutschen "ethnisch gesäubert". Eine "innenpolitische Bereinigung", welche die Polen in den von ihnen okkupierten deutschen Ostgebieten in gleicher Unmenschlichkeit praktizierten. Das "Schwarzbuch der Vertreibung" von Heinz Nawratil legt davon schauriges Zeugnis ab.

Die verantwortlichen Politiker der Zeit nahmen diese millionenfachen Menschenrechtsverletzungen hin - und ihre amtierenden Nachfolger suchten sie hinter einem "Schlußstrich" vergessen zu machen. Wohl nicht bedenkend, daß sie mit einem derartigen "Abschluß" eines Unrechtes einen folgenschweren Präzedenzfall schaffen und spätere "ethnische Säuberer" zu gleichem Tun verleiten.

Und wohl auch nicht zur Genüge in Rechnung stellend, daß ein solches Umgehen mit der Vergangenheit die Glaubwürdigkeit ihres Handelns in der Gegenwart beschädigt. Wer die Einlösung der Menschenrechte für seine Landsleute im Falle der vertriebenen Ost- und Sudetendeutschen für "anachronistisch" erklärt, wirkt wenig überzeugend bei der Durchsetzung von Menschenrechten mittels Bombardierungen auf dem Balkan. Ebenso wie die öffentlich reportierten Klagen über das leidvolle Schicksal der Kosovo-Flüchtlinge bei jenen etwas überraschen, die vom gleichen Opfer der deutschen Vertriebenen nichts mehr wissen wollen - oder vielleicht auch kaum etwas gehört haben.

Die Jahre der Deutschen-Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg sind in punkto Kenntnisse und Wissensvermittlung zur eigentlichen "unbewältigten Vergangenheit" der deutschen Geschichte geworden, was sich nicht zuletzt wiederum in den Äußerungen der öffentlichen Meinungsführer und politischen Verantwortungsträger ausdrückt. Über dieses offenkundige Defizit tröstet auch die gleichermaßen problematische Luftkriegsführung der westlichen Militäralianz nur wenig hinweg, die sich bereits im Zweiten Weltkrieg mehr spontanen Widerstand als größere Kapitulationsneigung erbombt hatte.

Lediglich in der offenkundigen Scheu vor einem "Bodenkrieg" scheinen die westlichen Interventionalisten an gesammelte Erfahrungen der Vergangenheit zu denken.

Da lassen die leidvollen Erinnerungen an den opferreichen Vietnam-Krieg die NATO-Führungsmacht noch vor einem möglichen Infanterie-Einsatz zurückschrecken und kommen dem deutschen Zeitgenossen die blutigen Partisanenkämpfe des Zweiten Weltkriegs ins Gedächtnis; mit dem bitteren Beigeschmack, daß nach dem Krieg die überlebenden deutschen Soldaten und Offiziere wegen ihres Vorgehens gegen diese Freischärler vor alliierte Siegergerichte gestellt und als "Kriegsverbrecher" abgeurteilt wurden.

In den Anklageschriften las man von "Mißachtung aller Kriegsregeln" und "Ermordung von Hunderttausenden von Nichtkombattanten als Vergeltungsmaßnahmen in Griechenland, Albanien und Jugoslawien" als strafwürdige Taten.

Der ranghöchste "Angeklagte", Generalfeldmarschall Wilhelm List, legte in seinem Schlußwort gegen die erhobenen Vorwürfe Verwahrung ein und wies auf die besonderen Umstände der "Kämpfe auf dem Balkan" hin. Auf Kampfesarten, die "jeder Soldat" verabscheue und die "alle Merkmale des Bandenkampfes" getragen habe. Wenn es dabei "zu harten Maßnahmen" gekommen sei, so habe die Schuld bei denen gelegen, "die diesen Kampf ausgelöst und genährt" und "nach Balkanart geführt" hätten, "heimtückisch und grausam".

Beschreibungen, wie sie gegenwärtig täglich über Aktionen serbischer Polizei- und Militäreinheiten verbreitet werden und als Rechtfertigung für die Bombardierungen dienen. Vom Siegergericht damals jedoch nicht ganz ernst genommen wurden und die Verurteilung der "Angeklagten" nicht verhinderten. Feldmarschall List sollte nach dem gefällten Richterspruch

"lebenslänglich" büßen.

Auf jedes mögliche Urteil gefaßt, hatte er in seinem Schlußwort nach der Beteuerung seiner Unschuld den Richtern die nachmalig prophetischen Worte zugerufen: "Möge ein gütiges Schicksal solche Kämpfe, die wir gezwungen waren zu führen, der Nation ersparen, die heute über uns zu Gericht sitzt!"

Über ein halbes Jahrhundert danach scheint dieser Wunsch aktueller denn je. Vielleicht bleibt er erfüllt, wenn man ernsthaft aus der Geschichte lernt.<<

USA: Die US-Zeitschrift "The Barnes Review" berichtet im Juli/August 1999 über eine Rede des US-Schriftstellers Benjamin H. Freedman (1890-1984) von 1961 (x922/...): >>Deutschland und die Juden

Die Rolle der Juden im 1. und 2. Weltkrieg

Eine Rede von Benjamin H. Freedman - 1961

Vorwort

Benjamin H. Freedman wurde 1890 als Sohn jüdischer Eltern geboren. Er wurde ein erfolgreicher Geschäftsmann in New York City und war der Haupteigentümer der Woodbury Soap Company. Er beendete seine Verbindungen mit dem organisierten Judentum nach dem 2. Weltkrieg. Mit einem finanziellen Aufwand von 2.5 Millionen Dollar verbrachte er den Rest seines Lebens damit, den Einfluß der Juden in Wirtschaft und Politik in den USA zu veröffentlichen. Er war ein Insider auf höchster Ebene in jüdischen Organisationen, und war persönlich befreundet mit Bernard Baruch, Samuel Untermyer, Woodrow Wilson, Franklin Roosevelt, Joseph Kennedy, John F. Kennedy und vielen anderen die in dieser Zeit etwas bewegt und zu sagen hatten.

Benjamin H. Freedman im Willard Hotel, Washington D.C. 1961:

Hier in den USA haben die Zionisten und ihre religiös Verbündeten die komplette Kontrolle über unsere Regierung. Es wäre zu komplex jetzt näher darauf einzugehen, aber die Zionisten und ihre religiös Verbündeten regieren die USA als wären sie die absoluten Monarchen dieses Landes.

Wahrscheinlich denken Sie, daß das eine sehr leichte und einfache Erkenntnis ist, aber lassen Sie mich erzählen und zeigen was passierte während wir alle "schliefen".

Was war passiert? Der 1. Weltkrieg brach im Sommer 1914 aus. Einige in meinem Alter werden sich noch daran erinnern. Nun, dieser Krieg wurde auf der einen Seite von England, Frankreich und Rußland, und auf der anderen von Deutschland, Österreich/Ungarn und der Türkei geführt.

Innerhalb von 2 Jahren gewann Deutschland diesen Krieg, nicht offiziell, aber auf dem Schlachtfeld. Die deutschen U-Boote, welche eine Überraschung für die Welt waren, fegten alle Konvois vom Atlantik.

Großbritanniens Munition und Vorräte gingen der Neige zu, danach kam der Hunger. Zur gleichen Zeit meuterte die französische Armee, sie hatten 600.000 Blüten der französischen Jugend bei der Schlacht von Verdun an der Somme verloren. Die Russen waren am Ende, sie nahmen ihr Spielzeug und gingen nach Hause, sie wollten nicht mehr weiterspielen, und sie mochten den Zar auch nicht unbedingt. Die italienische Armee kollabierte.

Nicht ein Schuß wurde auf deutschem Boden abgefeuert. Nicht ein Feind hatte die deutsche Grenze überschritten, und dennoch bot Deutschland England den Frieden an. Einen Frieden auf einer Basis den Anwälte den "Status quo ante" nennen würden. Das bedeutet - Laßt uns den Krieg beenden und laßt alles so sein wie es vorher war.

England dachte im Sommer 1916 ernsthaft darüber nach. Sie hatten keine Wahl, entweder sie würden dieses Friedensangebot annehmen oder bis zur Selbstvernichtung weiterkämpfen.

Während dieser Phase wandten sich deutsche Zionisten, die die Zionisten Osteuropas repräsentierten, an das britische Kriegskabinett, und, ich möchte die ganze Sache hier verkürzen,

aber ich habe alle Dokumente hier um das zu beweisen, sie sagten: "Seht her, ihr könnt diesen Krieg noch gewinnen, ihr müßt nicht aufgeben. Ihr müßt diesen Frieden nicht annehmen den euch die Deutschen angeboten haben. Mit den USA als euren Verbündeten könnt ihr diesen Krieg noch gewinnen."

Die USA hatten mit diesem Krieg noch nichts zu tun. Wir waren frisch, wir waren jung, wir waren reich und wir waren mächtig. Die Zionisten sagten zu England: "Wir führen die USA in den Krieg als euren Verbündeten, nachdem Ihr den Krieg gewonnen habt und Deutschland, Österreich/Ungarn und die Türkei besiegt sind, wollen wir im Gegenzug Palästina, das ist Euer Preis."

Nun, England hatte das gleiche Recht irgend jemanden Palästina zu versprechen, wie wir, wenn wir den Iren Japan versprechen würden, aus welchen Gründen auch immer. Es war absolut absurd, daß Großbritannien, das keine Interessen und auch keine Verbindungen zu Palästina hatte, es als Zahlungsmittel für den Kriegseintritt der USA verwenden würde. Wie auch immer, sie gaben dieses Versprechen im Oktober 1916. Und kurz danach, ich weiß nicht wie viele sich noch daran erinnern werden, traten die USA, die immer und absolut pro-deutsch waren, als Verbündete Großbritanniens, in den Krieg ein.

Ich sage die USA waren immer pro-deutsch, weil die Zeitungen unter jüdischer Kontrolle waren, die Bankiers waren Juden, die Massenmedien in diesem Land waren unter jüdischer Kontrolle und die Juden selbst waren pro-deutsch, weil viele von ihnen aus Deutschland kamen. Sie wollten, daß Deutschland den Zar besiegt. Die Juden haßten den Zar, sie wollten nicht, daß Rußland den Krieg gewinnt.

Diese jüdischen Bankiers, wie Kuhn-Loeb und andere Großbanken, weigerten sich England und Frankreich auch nur mit einem Dollar zu unterstützen. Sie sagten: "Solange England und Frankreich Verbündete Rußlands sind gibt es nicht einen Cent!" Aber sie pumpten Geld nach Deutschland, sie kämpften mit Deutschland an einer Seite gegen den Zar, um das zaristische Regime zu brechen.

Nun, dieselben Juden schlossen den Vertrag mit England ab als sie die Möglichkeit sahen Palästina zu bekommen. Auf einmal veränderte sich alles, wie eine Ampel die von rot auf grün schaltet. Alle Zeitungen, die den Menschen erzählten, wie schwer es doch die Deutschen im Kampf gegen die Briten hätten, änderten plötzlich ihre Meinung. Sie erzählten die Deutschen wären schlecht, sie wären wie die Hunnen, wie Barbaren. Sie, die Deutschen würden Rot Kreuz Schwestern erschießen und kleinen Babys die Hände abschneiden. Sie wären einfach schlecht. Kurz darauf erklärte Präsident Wilson Deutschland den Krieg.

Die Zionisten in London telegrafierte in die USA, zu Richter Brandeis, mit der Aufforderung: "Bearbeiten Sie Präsident Wilson, wir bekommen von England was wir wollen. Bringen Sie Präsident Wilson dazu in den Krieg einzutreten."

Auf diese Art und Weise traten die USA in den Krieg ein. Wir hatten kein Interesse daran. Wir hatten das gleiche Recht in diesen Krieg einzutreten, wie wenn wir heute Abend auf dem Mond anstatt in diesem Saal wären. Es gab absolut keinen Grund diesen Krieg zu unserem zu machen. Wir wurden hineingetrieben, nur damit die Zionisten ihr Palästina bekommen. Das ist etwas was den Bürgern dieses Landes noch nicht erzählt wurde. Sie wußten nicht warum wir in den 1. Weltkrieg eintraten.

Nachdem wir eingetreten waren gingen die Zionisten nach London und sagten: "Wir haben unseren Teil der Abmachung erfüllt, jetzt seid Ihr dran, gebt uns ein Schriftstück das uns zeigt, daß wir Palästina bekommen, nachdem Ihr den Krieg gewonnen habt."

Sie wußten auch gar nicht wie lange der Krieg dauern würde, ob 1, 2 oder 10 Jahre, aber sie fertigten es an. Das Schriftstück wurde in Form eines Briefes, in einer eigenartigen Ausdrucksform geschrieben, so daß die Welt nicht genau wissen würde was dahintersteckt. Dieses Schriftstück wurde die BALFOUR DEKLARATION genannt.

Die Balfour Deklaration war nichts anderes als das Versprechen Englands für dieses abgemachte "Geschäft". Diese "große" Balfour Deklaration ist genauso wertvoll wie eine 3 Dollar Note. Ich denke, ich kann mich nicht anders ausdrücken.

So begann der ganze Ärger. Die USA traten in den Krieg ein. Die USA vernichteten Deutschland. Was dann passierte wissen Sie ja. Als der Krieg zu Ende war, und die Deutschen bei der Pariser Friedenskonferenz 1919 eintrafen, waren auch 117 Juden anwesend. Eine jüdische Delegation, die die Juden Osteuropas repräsentierte, angeführt von Bernard Baruch. Ich war auch da, ich sollte das wissen. Was passierte dann? Die Juden in dieser Konferenz, als man gerade dabei war Deutschland zu zerstückeln um es an die Europäer zu verteilen, sagten: "Wie wäre es mit Palästina für uns?"

Und sie brachten in Gegenwart der Deutschen die Balfour Deklaration zur Sprache. Die Deutschen erkannten was vor sich ging. "Aha, das war das Spiel, deswegen traten die USA in den Krieg ein." Die Deutschen erkannten zum ersten mal, daß sie nur deswegen besiegt worden waren, weil die Zionisten Palästina besitzen wollten. Die Deutschen mußten diesen Schmach und irrsinnigen Reparationszahlungen nur aus diesem einen Grund erdulden.

Das bringt uns zu einer anderen interessanten Sache. Als die Deutschen das erkannten, nahmen sie das den Juden verständlicherweise sehr übel. Bis zu dieser Zeit ging es den Juden in keinem anderen Land auf dieser Welt besser als in Deutschland.

Es gab Herrn Rathenau, der bestimmt genauso wichtig in Industrie und Finanz war, wie Bernard Baruch in diesem Land. Es gab Herrn Balin, Besitzer der großen Dampfschiffahrtslinien, der Norddeutsche Lloyds und der Hamburg-Amerika Linie. Es gab Herrn Bleichröder, der Bankier der Hohenzollern Familie. Es gab die Warburgs in Hamburg, eine Kaufmanns- und Bankiersfamilie, die größten auf dieser Welt. Den Juden ging es sehr gut in Deutschland. Aber die Deutschen dachten: "Das war ein ziemlicher Ausverkauf."

Es war ein Ausverkauf der dieser hypothetischen Situation gleichkommt:

Gehen wir davon aus, wir die USA wären im Krieg mit der UdSSR, und wir wären am gewinnen, und wir bieten der UdSSR den sofortigen Stopp an. Wir würden ihnen Frieden anbieten. Plötzlich würde das rote China in den Krieg eintreten, als Verbündeter der UdSSR. Und dadurch würden wir vernichtend geschlagen werden. Gleich danach kämen Reparationszahlungen in einem Ausmaß, das wir uns gar nicht vorstellen können, auf uns zu.

Stellen Sie sich vor, daß wir gleich nach dem Krieg erfahren würden, daß unsere US-Chinesen, unsere Mitbürger, von denen wir immer dachten daß sie loyale und zuverlässige Bürger unseres Landes wären, stellen Sie sich vor wir fänden heraus daß sie es waren die für unsere Vernichtung verantwortlich gewesen sind. Stellen Sie sich vor daß diese US-Chinesen uns an die UdSSR verkauft hätten, wie würden wir uns fühlen!? Ich glaube keiner von ihnen könnte sein Gesicht jemals wieder auf den Straßen zeigen.

Es würde nicht genug Laternen geben die sie bei Nacht schützen würden. Wie würden wir uns fühlen ...? Nun, so fühlten auch die Deutschen gegenüber den Juden. Sie waren immer sehr anständig zu den Juden gewesen. Als 1905 die kommunistische Revolution in Rußland fehlgeschlug, und die Juden aus Rußland vertrieben wurden, gingen sie alle nach Deutschland, und Deutschland gab ihnen Unterschlupf. Sie wurden sehr gut behandelt. Jetzt aber haben sie Deutschland verraten und verkauft, und zwar nur aus einem Grund, nur um Palästina zu besitzen. Als ihr "Jewish Commonwealth."

Nahum Sokolow und all die großen Führer und Namen die man heute mit dem Zionismus in Verbindung bringt, schrieben von 1919-1923 in ihren Zeitungen, und sie waren voll mit ihren Aussagen, daß, trotzdem die Deutschen erkannt haben, daß sie durch jüdische Einmischung den Krieg verloren haben, das Gefühl gegenüber den Juden noch annehmbar sei.

Es gab keine religiösen Gefühle, es gab auch keine Anfeindungen nur weil die Juden einen anderen Glauben haben. Es war nur wirtschaftlicher Natur, und alles andere als religiös. Nie-

manden in Deutschland kümmerte es ob ein Jude abends nach Hause ging, seinen Rolladen herunterließ und "Shema Yisroel" oder "Unser Vater" sagte. Niemand kümmerte sich darum, nicht mehr und nicht weniger wie hier in den USA. Die Gefühle die sich später entwickelten waren nur darauf zurückzuführen, daß die Deutschen die Juden für ihre Niederlage verantwortlich machten.

Der 1. Weltkrieg begann, ohne daß die Deutschen dafür verantwortlich gewesen waren. Sie hatten überhaupt keine Schuld, nur die Schuld erfolgreich zu sein. Sie bauten eine große Marine. Sie hatten Handel mit der ganzen Welt. Sie müssen sich darüber klar werden, daß Deutschland während der französischen Revolution aus über 300 Stadtstaaten, Grafschaften, Fürstentümern usw. bestand. Zwischen dieser Zeit, der Zeit Napoleons und Bismarcks, wurden sie zu einem Land zusammengedrückt.

Innerhalb von 50 Jahren wurde Deutschland zu einer der Weltmächte. Ihre Marine rivalisierte mit der britischen und sie gingen dem Handel auf der ganzen Welt nach. Sie machten bessere Produkte und sie konnten mit jedem konkurrieren. Und was war das Ergebnis des Ganzen?

England, Frankreich und Rußland verschworen sich gegen Deutschland. Sie wollten Deutschland niederstrecken. Es gibt heute keinen Historiker der einen stichhaltigeren Grund finden könnte, warum Deutschland von der Landkarte verschwinden mußte.

Als die Deutschen erkannten wer für ihre Niederlage verantwortlich war, waren sie natürlich sehr verärgert. Aber nicht ein Haar wurde den Juden gekrümmt, nicht ein einziges. Professor Tansill der Georgetown Universität, der Zugang zu allen geheimen Unterlagen des State Departments hatte, zitierte in seinem Buch ein Dokument, geschrieben von Hugo Schoenfelt, ein Jude den Cordell Hull 1933 nach Europa schickte um die sogenannten Lager der politischen Gefangenen zu untersuchen, daß alle Gefangenen in guter Verfassung seien. Allen ging es gut und jeder wurde gut behandelt.

Die Lager waren gefüllt mit Kommunisten. Viele der Gefangenen waren Juden, weil 98 % der Kommunisten in Europa Juden waren. Einige Priester, Gewerkschaftsführer und andere mit internationalen Verbindungen waren auch unter den Gefangenen.

Der Hintergrund dessen war: In den Jahren 1918-1919 übernahmen die Kommunisten für einige Tage Bayern. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht und eine Gruppe anderer Juden übernahmen die Regierung für drei Tage.

Nach dem Krieg floh Kaiser Wilhelm nach Holland, weil er dachte, daß ihm das gleiche Schicksal widerfahren würde wie dem Zaren Rußlands. Nach der kommunistischen Bedrohung in Deutschland arbeiteten die Juden wieder daran ihre alten Stellungen zurückzubekommen. Die Deutschen aber, bekämpften das so gut es ging. Sie bekämpften die Juden, wie die Prohibitionisten in unserem Land den Alkohol und deren Anhänger bekämpft haben.

Sie wurden nicht mit Pistolen bekämpft. Das war die Art und Weise wie die Juden in Deutschland bekämpft wurden. Zu dieser Zeit gab es zwischen 80-90 Millionen Deutsche, und nur 460.000 Juden. Ungefähr 0,5 % der Einwohner waren Juden, und doch kontrollierten sie die ganze Presse, und sie kontrollierten den Großteil der Wirtschaft, weil sie, als die Deutsche Mark abgewertet wurde, mit ihrem wertvollem Dollar praktisch alles aufkauften.

Die Juden versuchten das zu vertuschen, sie wollten nicht, daß die Welt versteht und begreift, daß sie Deutschland verraten und verkauft haben, und die Deutschen nahmen ihnen das sehr übel. Die Deutschen bekämpften sie mit geeigneten Aktionen. Sie diskriminierten sie wo auch immer sie konnten. Sie mieden sie auf die gleiche Art und Weise wie wir die Neger, die Chinesen oder die Katholiken meiden würden, wenn sie verantwortlich für unsere Niederlage gewesen wären und sie uns an den Feind verkauft hätten.

Nach einer Weile trafen sich die Juden zu einer Weltkonferenz in Amsterdam. Juden aus jedem Land nahmen an diesem Treffen 1933 teil.

Und sie sagten zu Deutschland: "Ihr feuert Hitler und gebt uns unsere alten Positionen zurück,

egal ob einer Kommunist oder was auch immer ist. Ihr könnt uns so nicht behandeln. Wir die Juden der Welt stellen euch ein Ultimatum." Sie können sich vorstellen was die Deutschen den Juden erzählt haben. Was geschah dann?

1933, als Deutschland sich dem Weltkongreß verweigerte, wurde die Konferenz abgebrochen. Mister Samuel Untermyer, der Kopf der amerikanischen Delegation und Präsident der gesamten Konferenz, kam zurück in die USA. Er ging vom Dampfschiff direkt zu den Studios der Columbia Broadcasting System - CBS, und gab eine Stellungnahme über die Radiostationen der gesamten USA ab, in welcher er sagte: "Wir sind nun in einem heiligen Konflikt mit Deutschland, und wir werden sie bis zur Aufgabe hungern lassen. Wir werden Deutschland weltweit boykottieren."

Tatsache ist, daß zwei Drittel der Lebensmittel der Deutschen importiert werden müssen, und es kann nur importiert werden, wenn auch gleichzeitig exportiert wird. So, wenn Deutschland nicht exportieren kann müssen zwei Drittel der deutschen Bevölkerung hungern. Es gab nur genug Lebensmittel für ein Drittel. In dieser Deklaration, die ich hier habe, und welche auch in der New York Times am 7. August 1933 abgedruckt war, gab Mister Samuel Untermyer bekannt, daß dies "unsere Art der Selbstverteidigung ist."

Präsident Roosevelt hat diese Handhabung in der National Recovery Administration bekanntgegeben, daß jeder der sich dem New Deal nicht beugt, auf diese Art und Weise boykottiert wird. Sie werden sich daran erinnern meine Damen und Herren, sogar der oberste Gerichtshof nahm es an. Letztendlich erklärten die Juden Deutschland den Krieg, und dieser war so effektiv, daß sie in keinem Laden mehr einen Artikel mit dem Aufdruck - Made in Germany - finden konnten.

Ein Mitarbeiter der Woolworth Company erzählte mir, daß sie Geschirr im Wert von mehreren Millionen Dollar in den Fluß werfen mußten, da Kunden, die diese gefunden haben, sie, die Inhaber gleich mit "Hitleristen, Mörder usw." gebrandmarkt haben. Es gab viele dieser Aufmärsche und Protestaktionen.

In einem Laden, der der R. H. Macy-Kette angehörte, der von der Familie Strauss geführt wurde, die auch Juden waren, fand eine Frau Strumpfhosen mit dem - Made in Germany - Aufdruck, Strumpfhosen aus Chemnitz, die dort seit 20 Jahren verkauft werden, wurden boykottiert. Die Besitzer wurden mit "Hitleristen" beschimpft. Hunderte von Menschen liefen auf und ab und protestierten... Bis zu dieser Zeit wurde keinem Juden in Deutschland auch nur ein Haar gekrümmt. Die Juden hatten nichts zu erleiden, mußten nicht hungern, wurden nicht attackiert oder ermordet.

Natürlich sagten sich die Deutschen: "Wer sind diese Menschen, die unser Land boykottieren, unser Volk arbeitslos werden lassen und unsere Industrie zum Stillstand führen? Wer sind diese Menschen, daß sie so etwas machen?"

Die Deutschen nahmen ihnen das sehr übel. Plötzlich wurden in Deutschland jüdische Geschäfte mit Aufschriften und Zeichen bemalt. Warum auch sollte ein Deutscher sein Geld in ein Geschäft bringen dessen Besitzer Deutschland mitboykottiert, der dafür sorgt, daß das deutsche Volk hungern mußte und dadurch zur Aufgabe gezwungen werden und sich dem Weltjudentum ergeben sollte!? Ein Boykott von Menschen, die den Deutschen ihren Premier oder Kanzler aufzwingen wollten, es war lächerlich.

Der Boykott ging noch weiter, aber im Jahre 1938, als ein junger polnischer Jude in die deutsche Botschaft in Paris eindrang und einen Mitarbeiter erschöß, wurde es rauher für die Juden in Deutschland. Sie brachen Fenster ein und hatten Straßenkämpfe. Nun, ich benütze das Wort Antisemitismus ungern, weil es bedeutungslos ist, aber ich benütze es, weil sie es nicht anders kennen.

Der einzige Grund warum die Deutschen antijüdische Gefühle hatten, war der, daß sie wußten, daß die Juden für die Niederlage im 1. Weltkrieg und den Boykott verantwortlich waren.

Dahingehend waren die Juden auch für den 2. Weltkrieg verantwortlich, weil, als das Ganze aus der Hand glitt, es wichtig war zu sehen, wer den Kampf überleben und als Sieger herausgehen wird.

Ich habe in Deutschland gelebt, und ich weiß, daß die Deutschen sich zwischen Kommunismus und Christentum zu entscheiden hatten. Es gab nichts dazwischen. Die Deutschen entschieden sich für das Christentum.

Sie begannen sich wieder zu bewaffnen. Im November 1933 haben die USA die Sowjetunion anerkannt. Die Sowjetunion wurde sehr mächtig, die Deutschen erkannten das und entschieden sich zu gehen und erst wieder zu kommen bis sie stark genug sind. Das gleiche machen wir hier doch auch, gehen und erst dann wieder auf der Bildfläche erscheinen bis wir stark sind.

Unsere Regierung gibt im Jahr 83 oder 84 Milliarden für Verteidigung aus. Verteidigung gegen wen? Verteidigung gegen 40.000 kleine Juden in Moskau, die Rußland übernommen haben, und in ihrer unaufrichtigen Art auch die Kontrolle über andere Staaten der Welt.

Heute leben wir an der Grenze zum 3. Weltkrieg aus dem keiner als Sieger hervorgehen wird. Das geht über meine Vorstellungskraft hinaus. Ich weiß, daß Atombomben im Megatonnenbereich gemessen werden. Eine Megatonne ist die Bezeichnung für 1 Million Tonnen TNT. Unsere Atombomben hatten eine Kapazität von 10 Megatonnen, 10 Millionen Tonnen TNT, als sie zum ersten mal entwickelt wurden. Heute haben wir Atombomben im 200 Megatonnen-Bereich, und nur Gott weiß wie viel die Russen davon haben.

Mit was haben wir es heute zu tun? Wenn wir heute einen Krieg auslösen, könnte er sich zu einem Atomkrieg entwickeln. Könnte das passieren? Es wird, wenn der Vorhang zum dritten Akt hochgeht. Akt 1 war der erste Weltkrieg, Akt 2 der zweite, Akt 3 wird der dritte Weltkrieg sein. Die Juden dieser Welt, die Zionisten und ihre religiös Verbündeten sind fest entschlossen, die USA weiterhin als ihren Stützpunkt für ihren Plan zu benützen, das Land Palästina zur Hauptstadt ihrer Weltregierung zu machen. Das ist so wahr wie ich hier stehe. Nicht nur ich weiß das und habe es gelesen, viele hier haben das auch, und es ist auf der ganzen Welt bekannt.

Was können und sollen wir tun? Das Leben, das Sie retten könnten, könnte das Ihres Sohnes sein. Ihre Jungs könnten heute Nacht auf dem Weg in den Krieg sein, und Sie wußten genauso wenig darüber wie Sie 1916 wußten, als die britische Regierung und die Zionisten ihren Deal abschlossen. Hatten Sie das gewußt? Niemand in den USA wußte das. Es war Ihnen nicht erlaubt das zu wissen. Wer wußte es?

Präsident Wilson wußte es. Colonel House wußte es. Andere Eingeweihte wußten es auch. Habe ich es gewußt? Ja, ich hatte eine ziemliche Ahnung was so vor sich ging. Ich stand in enger Verbindung mit Henry Morgenthau sen., in der Wahlkampagne 1912, als Präsident Wilson gewählt wurde. Es wurde rund um das Büro viel gesprochen. Ich war Vertrauensmann von Henry Morgenthau sen., dem Vorsitzenden des Finanzkomitees, und ich stand in enger Verbindung mit Rollo Wells, dem Schatzmeister.

Da saß ich nun in dieser Runde, Präsident Wilson am Tischende, und all die anderen. Ich hörte wie sie ihm die Einkommensteuer in sein Gehirn eingehämmert haben, durch die die Federal Reserve (Bundesbank) entstand, und ich hörte wie sie ihm die zionistische Bewegung indoktriniert haben. Richter Brandeis und Präsident Wilson waren sich so nahe wie diese zwei Finger an meiner Hand. Präsident Wilson war so inkompetent als dieses Newborn-Baby beschlossen wurde.

Das war die Art und Weise wie wir in den 1. Weltkrieg eintraten, während wir alle "schlafen". Sie schickten unsere Jungs auf die Schlachtbank, für was? Nur damit die Juden "ihr" Palästina bekamen, als ihr "Commonwealth".

Sie haben euch so verdummt, daß ihr nicht mehr wißt was links und rechts ist. Was wissen

wir über die Juden? Ich nenne sie vor Ihnen Juden weil man sie so kennt. Ich selbst nenne sie nicht Juden. Ich nenne sie nur die "sogenannten Juden", weil ich weiß wer sie sind. Die osteuropäischen Juden, von denen 92 % der jüdischen Weltbevölkerung abstammen, sind eigentlich gar keine Juden.

Sie sind eigentlich Khazaren. Die Khazaren waren ein kriegerischer Stamm der Tief im Herzen Asiens lebte. Sie waren so kriegerisch, daß die Asiaten selbst sie aus Asien vertrieben und nach Europa schickten. Die Khazaren gründeten ein großes Königreich von 800.000 Quadratmeilen. Zu dieser Zeit existierte Rußland noch nicht, genauso wie viele andere europäische Länder. Das Khazarenkönigreich war das größte im gesamten Europa, so groß und so mächtig, das, wenn andere Monarchen es um Kriegshilfe gebeten hätte, es diesem leicht 40.000 Soldaten hätte leihen können. So groß und mächtig waren sie.

Die Khazaren waren Phallus-Verehrer/Anbeter, was sehr unanständig ist und ich möchte auch nicht näher darauf eingehen. Das war ihre Religion wie sie auch die Religion vieler anderer Barbaren und Heiden auf diesem Planeten war. Der Khazarenkönig war so angewidert von dieser degenerierten Lebensweise, daß er sich entschied einen Glauben zu "adoptieren", entweder das Christentum, den Islam oder das Judentum, was eigentlich Talmudismus ist.

Er entschied sich für das Judentum, und das wurde zur Staatsreligion. Er gründete die Talmudschulen Pumbedita und Sura aus der tausende von Rabbis hervorgingen. Er eröffnete Synagogen und Schulen, und seine Leute wurden was wir heute Juden nennen. Keiner von ihnen hatte jemals einen Vorfahren der auch nur mit einem Zehen das heilige Land betreten hat, nicht in der Geschichte des alten Testaments noch vom Anbeginn ihrer Zeit. Keiner von ihnen.

Und dennoch kommen sie zu den Christen und bitten um militärische Hilfe in Palästina. Sie sagen: "Wollt Ihr nicht dem auserwählten Volk helfen ihr gelobtes Land, die Heimat ihrer Vorfahren zurückzubekommen? Es ist eure christliche Pflicht. Wir gaben euch einen unserer Söhne als Herrn und Erlöser. Ihr geht Sonntags in die Kirche, kniet nieder und betet einen Juden an, und wir sind Juden."

Aber sie sind heidnische Khazaren, sie konvertierten genauso wie die Iren zum Christentum konvertierten. Es ist lächerlich, sie Volk des heiligen Landes zu nennen, so wie es lächerlich wäre 54 Millionen chinesische Moslems Araber zu nennen. Sie würden sich fragen ob diese Chinesen nicht ganz bei Trost sind. Jeder der glauben würde, daß diese Chinesen Araber wären, wäre nicht normal. Alles was sie taten war den Glauben anzunehmen, dessen Ursprung Mekka in Arabien ist. So wie die Iren es auch taten. Die Iren wurden nicht zu anderen Menschen. Sie waren immer noch die Gleichen, nur, daß sie das Christentum angenommen haben, und trotzdem sind sie immer noch Iren.

Diese Khazaren, diese Heiden, diese Asiaten waren eine mongolische Rasse die aus Asien nach Europa vertrieben wurde. Weil ihr König diesen Glauben angenommen hatte, hatte auch das Volk keine andere Wahl. So wie in Spanien, war der König katholisch, war es das Volk auch, wenn man sich weigerte hatte man das Land zu verlassen. So wurden die Khazaren was wir heute Juden nennen.

Jetzt können Sie sehen wie dumm es von den christlichen Regierungen war zu sagen: "Wir werden Gottes auserwähltem Volk, mit unserer Macht und unserem Prestige helfen das Land ihrer Vorfahren zurückzubekommen."

Gibt es eine größere Lüge als diese? Die Juden kontrollieren die Zeitungen, die Magazine, das Radio, das Fernsehen, die großen Buchverlage, und weil unsere Politiker ihre "Sprache" sprechen, ist es nicht überraschend, daß Ihr diese Lügen glaubt. Ihr würdet glauben schwarz sei weiß, wenn Ihr es nur oft genug hören würdet. Ihr würdet schwarz nicht mehr schwarz nennen.

Ihr würdet schwarz weiß nennen, und niemand könnte euch die Schuld geben. Das ist eine der

großen Lügen in unserer Geschichte. Es ist das Fundament des ganzen Elends das uns befallen hat.

Wissen Sie, was die Juden am Tag des Atonements (?) machen, der Tag bei dem Sie denken, das er so heilig für die Juden wäre? Ich war einer von ihnen. Das ist kein Hörensagen. Ich bin nicht hier um Ihnen irgendeinen Schwachsinn zu erzählen. Ich gebe Ihnen hier Fakten!

Am Tag des Atonements (?) geht man in eine Synagoge. Für das erste Gebet, das man vorträgt, steht man aufrecht.

Es ist das einzige Gebet für das man steht. Man wiederholt dreimal ein Kurzgebet mit dem Namen Kol Nidre. In diesem Gebet schließt man ein Abkommen mit Gott, das besagt, daß jeder Eid, jedes Versprechen und jedes Gelöbnis, das man während der nächsten zwölf Monate gegenüber Nichtjuden macht, null und nichtig ist. Der Eid ist kein Eid, das Versprechen kein Versprechen und das Gelöbnis kein Gelöbnis. Das alles hat bei Juden keinen moralischen Wert. Und der Talmud lehrt auch, daß, wann immer man einen Eid, ein Versprechen oder ein Gelöbnis abgibt, man sich immer an den Tag des Atonements (?) erinnern soll, weil man als Jude diese Dinge nicht erfüllen muß und man davon ausgenommen ist. ...

Nun, wie sehr können Sie auf die Loyalität eines Juden zählen. Sie können darauf genauso zählen, wie die Deutschen im Jahre 1916 darauf gezählt haben.

Wir werden das gleiche Schicksal erleiden wie Deutschland, aus den gleichen Gründen.<<

04.09.1999

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 4. September 1999 über Schröders Staatsbesuch in Polen: >>... Der Kanzler steht in Warschau zur historischen Verantwortung der Deutschen und sagt den Polen Hilfe beim EU-Beitritt zu

... Nach einem Besuch bei Staatspräsident Aleksander Kwasniewski bekannte sich Schröder nachdrücklich zur Verantwortung und den Lehren aus der deutschen Geschichte. Mit dem Besuch unmittelbar nach dem 60. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen wolle er zeigen, daß er als Politiker der Nachkriegsgeneration die "fürchterlichsten Teile" der Geschichte "kennt und sie nicht verdrängen will". ...

Polens Ministerpräsident Buzek dankte Deutschland für die Bemühungen bei der Aufnahme Polens in die NATO. Er hoffe darauf, daß Deutschland sich auch als Anwalt für die rasche Aufnahme Polens in die Europäische Union (EU) einsetzen werde. Polen strebt eine Aufnahme in die EU mit Beginn des Jahres 2003 an.

Bundeskanzler Schröder versprach, dieses Vorhaben zu unterstützen. Im Anschluß an das Treffen mit dem Premier und dem Präsidenten sagte der Bundeskanzler, Deutschland werde alles tun, um Polen bei einem möglichst baldigen Anschluß an die EU zu helfen. ... Mit der Reise nach Warschau will Schröder mit Blick auf den bevorstehenden Jahrestag des Falls der Berliner Mauer im November 1989 den ehemals kommunistisch regierten Ländern in Osteuropa für ihre Rolle beim Zustandekommen der deutschen Einheit danken. ...<<

Das "Jahrbuch Nr. 1 Aktuell" des "Harenberg Lexikon-Verlags" berichtet im Jahre 1999 über die Europäische Union (x096/209-239):

>>... Agenda 2000: Im März 1999 beschlossen die EU-Mitgliedstaaten in Berlin in der Agenda 2000 Reformen der Agrar- und Strukturpolitik sowie die Neuordnung der EU-Finanzierung. ...

Agenda 2000/Eckpunkte: Die Agenda 2000 sieht für 2000-2006 Ausgaben von rund 700 Mrd. Euro vor. Die Agrarpolitik ist mit 298 Mrd. Euro größter Posten im EU-Haushalt. ... Der größte Zahler Deutschland kann frühestens ab 2003 auf eine leicht sinkende Nettobelastung im Verhältnis zu seiner Wirtschaftsleistung rechnen. ...

Agenda 2000/EU-Erweiterung: Als Hilfe zur Vorbereitung für den Beitritt werden den Kandidaten (u.a. Estland, Polen, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern) ... bis 2006 ca. 22 Mrd. Euro bereitgestellt. Für die aufgenommenen Länder werden 2002-2006 weitere Ausga-

ben von 58 Mrd. Euro einkalkuliert. Die Finanzmittel fließen in Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur und in die Landwirtschaft der neuen Mitglieder. ...

Agrarpolitik/Milchstrafe: Wegen der Überschreitung der von der EU festgesetzten Milchquote 1997/98 mußte Deutschland eine Strafe von 226 Mio. DM zahlen. ...

EU-Erweiterung: Im November 1998 nahmen die EU-Mitgliedstaaten Beitrittsverhandlungen mit Estland, Polen, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern auf. ... Auch Bulgarien, Lettland, Litauen, Malta, Rumänien, die Slowakei und die Türkei streben die Aufnahme in die EU an. Der Beitrittsantrag der Schweiz ruht seit 1992, nachdem das Volk sich in einer Abstimmung gegen die Teilnahme am europäischen Wirtschaftsraum ausgesprochen hatte. ...

Zur Aufnahme in die EU sind im betreffenden Land eine demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, die Achtung der Menschenrechte und der Schutz nationaler Minderheiten, eine funktionsfähige Marktwirtschaft sowie Mindeststandards in der Sozialgesetzgebung und im Umweltschutz erforderlich. ...

Die Europäische Kommission kritisierte Ende 1998 den Stillstand der Reformen in Slowenien und Tschechien, vor allem den fehlenden Willen der Regierungen, ihr Rechtssystem an EU-Normen anzugleichen. ... Eine Aufnahme der Türkei wurde 1999 trotz Fortschritte bei der Entwicklung der Marktwirtschaft wegen anhaltender Menschenrechtsverletzungen und Unterdrückung von Minderheiten (z.B. der Kurden) und des Fehlens einer zivilen Kontrolle des Militärs als verfrüht angesehen. ...

EU-Haushalt/Deutsche Beiträge: ... In den Jahren 1992 bis 1998 betrugen die deutschen Nettozahlungen an die EU (deutsche Zahlungen an EU abzüglich EU-Zahlungen an Deutschland):

1991 = 19,0 Mrd. DM

1992 = 22,1 Mrd. DM

1993 = 23,7 Mrd. DM

1994 = 27,6 Mrd. DM

1995 = 26,1 Mrd. DM

1996 = 22,5 Mrd. DM

1997 = 22,5 Mrd. DM

1998 = 24,1 Mrd. DM

(_____ 187,6 Mrd. DM)

EU-Haushalt/Betrug: 1998 gingen der EU ca. 4 Mrd. EUR (ungefähr 5 % des EU-Haushalts) durch Betrug, Korruption und Schlamperei verloren. Durch Schwarzarbeit, Schwarzhandel und mangelhafte Eintreibung von Steuermitteln, die der EU zustehen, wurden weitere Mindereinnahmen von ca. 22 Milliarden Euro erzielt. ...

Euro: Am 1.1.1999 wurde in elf Ländern der EU (Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Spanien) der Euro als gemeinsame Währung eingeführt. Er kann bis 2002 nur im bargeldlosen Zahlungsverkehr benutzt werden. Die auf nationale Währung lautenden Scheine und Münzen bleiben bis 2002 im Umlauf. ...

Am 31.12.1998 wurde festgelegt, welchen Wert ein Euro in der jeweiligen Landeswährung hat. So entspricht ein Euro genau 1,95583 DM. ...

Der Euro sank seit seiner Einführung bis Mitte 1999 von 1,1789 US-Dollar auf unter 1,04 US-Dollar. Gründe waren das fehlende Vertrauen der Finanzmärkte in die stabilitätsorientierte und wachstumsfördernde Politik der elf EU-Staaten. ...

Die Kosten der Euro-Umstellung belaufen sich für die europäischen Unternehmen auf 77 Mrd. Euro, rund 70 % mehr als 1997 geschätzt. ...

Europäische Kommission/Vetternwirtschaft: ... Der Europäische Rechnungshof, das europäische Parlament und die EU-Bekämpfungseinheit Uclaf stellten 1998/99 zahlreiche Fälle von Mißmanagement, Betrug und Günstlingswirtschaft innerhalb der EU fest. ...

Europäische Kommission/Kompetenzen: Die europäische Kommission ist eine Art europäische Regierung, die mit ihren rund 21.000 Bediensteten den EU-Haushalt von ca. 85 Mrd. EUR (1999) verwaltet.

Europäische Union: Die Europäische Union (EU) ist ein Staatenbund, der mit Beginn der Europäischen Währungsunion am 1.1.1999 ein weiteren Schritt zu einer politischen Union vollzog. ...

In Amsterdam wurden 1997 zusätzliche Reformen der EU eingeleitet:

Übertragung von Befugnissen an die EU auf dem Gebiet der inneren Sicherheit.

Stärkung des Mehrheitsprinzips bei Entscheidungen in der EU im Gegensatz zum Einstimmigkeitsprinzip.

Stärkung des Europäischen Parlaments beim Gesetzgebungsverfahren. ...

1999 blieb unter den Mitgliederstaaten offen, ob die EU zu einem europäischen Bundesstaat mit europäischer Regierung und gesetzgebenden Parlament ausgebaut werden soll oder mit Blick auf die geplante Aufnahme mittel- und osteuropäischer Staaten in die EU (frühestens 2002) sich nur zu einer Konföderation in Form eines Staatenbundes mit gemeinsamer Gesetzgebung in eng abgegrenzten Bereichen entwickeln soll. ...

Europäische Wirtschafts- und Währungsunion: Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion begann am 1.1.1999 in elf Ländern (Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Spanien) mit der Einführung des Euro und der Übertragung der währungspolitischen Hoheit auf die Europäische Zentralbank. ...

Griechenland erfüllte als einziges Mitglied nach Auffassung des Rates der EU die Kriterien nicht hinreichend. Dänemark, Großbritannien und Schweden verzichteten aus stabilitätspolitischen Bedenken und wegen des mit einer Teilnahme an der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion verbundenen Verlustes nationaler Souveränität zunächst auf die Einführung des Euro. ...

Europäischer Rat: Der Europäische Rat ist kein EU-Organ, sondern als deren oberste Instanz ein Zusammenschluß der Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten. ...

Im Rahmen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik legt der Europäische Rat die Richtlinien der EU fest. ...

EU-Steuerharmonisierung: Die Regierungen Deutschlands und Frankreichs forderten Ende 1998, bei Entscheidungen über Steuerfragen in der EU vom üblichen Prinzip der Einstimmigkeit unter den Mitgliedstaaten abzugehen, um Mehrheitsbeschlüsse gegen den Willen einzelner Regierungen leichter durchsetzen zu können.

Die britische Regierung lehnte diesen Vorschlag ab ... Sie verwies auf den Vertrag von Amsterdam (1997), in dem die Einstimmigkeit in Steuerfragen ausdrücklich festgeschrieben ist. Bis 1999 galt nur ein rechtlich unverbindlicher Steuerverhaltenskodex. Danach sollen als unfair angesehene Steuervergünstigungen abgeschafft werden, die einige EU-Länder (u.a. Großbritannien, Luxemburg) eingeführt hatten, um den eigenen Wirtschaftsstandort attraktiver zu gestalten.

Die Regierungen in Deutschland und Frankreich fürchten als Folge des Steuerwettbewerbs einen wachsenden Kapitalstrom in EU-Staaten mit günstigen Steuersätzen, eine ungerechte Verteilung der Steuerlast zwischen Unternehmen und Arbeitnehmern sowie eine ungleichmäßige wirtschaftliche Entwicklung der einzelnen Mitgliedsländer. ...

EU-Wettbewerbskontrolle: ... Die Europäische Kommission kontrolliert die Einhaltung der Wettbewerbsregeln, die im Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft festgelegt wurden, u.a. Kartellverbot, Mißbrauch marktbeherrschender Stellung und Verbot wettbewerbsverzerrender staatlicher Subventionen.

Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik: ... Auf internationaler Ebene soll die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik eine eigene Identität der EU entwickeln. Sie umfaßt alle die

Sicherheit der EU-Staaten betreffenden Fragen, darunter die schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik, die zu einer koordinierten Strategie im Verteidigungsfall führen könnte.

Dennoch ist die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik keine einheitliche Politik. Jedes EU-Mitgliedsland bleibt für seine eigene Außenpolitik verantwortlich. ...

Rat der EU: ... Bei einstimmigen Entscheidungen oder einfachen Mehrheitsbeschlüssen hat jedes Land unabhängig von seiner Größe eine Stimme. Bei Beschlüssen mit qualifizierter Mehrheit haben die Länder entsprechend ihrer Größe unterschiedlich viele Stimmen. Einstimmige Beschlüsse sind erforderlich in bedeutenden Angelegenheiten wie Beitritt eines neuen Staates, Vertragsänderungen ...

Zwischen 1995 und Mitte 1998 wurde bei Entscheidungen des Rates der EU Deutschland am häufigsten überstimmt (40-mal). 27-mal befand sich Großbritannien in der Minderheit, 22-mal Italien, 20-mal Schweden. Die häufigen Abstimmungsniederlagen Deutschlands wurden auf mangelndes Verhandlungsgeschick und fehlende Koordination in der EU-Politik zurückgeführt. ...

Strukturfonds: Ziel der Strukturfonds ist die Überwindung der regionalen wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede in der EU. ... 1994-99 wurden insgesamt 183 Mrd. Euro für die Regionalförderung ausgegeben. ...

Bis Ende 1999 gilt ein vielfach undurchsichtiges System von Zielgebieten und Gemeinschaftsinitiativen, das entscheidet, welche Projekte (Unternehmen, öffentliche Einrichtungen) gefördert werden. ...<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 11/12 – 2000 berichtet später über das Buch "Third Way" des englischen Journalisten Michael Chapman (x853/...): >>"Der Dritte Weg" - Sozialisten kontrollieren die EU

"Keiner kann gleichzeitig ein aufrichtiger Katholik und ein wahrer Sozialist sein."

(Papst Pius XI.)

Die Europäische Union (EU) versucht, einen Überstaat zu schaffen, basierend auf einem "Dritten Weg", einer Mischung aus Kapitalismus und Sozialismus. Dieser "Mittlere Weg", auch als Interventionismus bekannt, bedeutet, daß die Regierung die Wirtschaft und die Kultur durch exzessive Regulierungen und Steuern kontrolliert. Nennen wir es Sozialismus "leicht". Viele der Regelungen des "Dritten Weges" in der EU und die Menschen, die sie machen, widersprechen jedoch der Lehre der katholischen Kirche. Sie sollten somit gut im Auge behalten werden; denn Europa, einst die Wiege der Christenheit, bringt eine mächtige Kultur des Todes hervor.

Die kürzlich vom Europäischen Parlament verabschiedete Resolution zugunsten homosexueller "Ehen" und andere todbringende Politik "werden die westeuropäischen Länder und deren Völker in die Selbstzerstörung treiben", sagte Pater Richard Welch, Präsident von Human Life International. "Da dies alles gegen Gott und seine Gebote ist, stirbt der Glaube. Dies ist der schreckliche Spielplan des Todes."

Der "Dritte Weg" ist selbstzerstörerisch - in Europa und überall, wo er beschritten wird. Preiskontrollen bei der Gesundheitsvorsorge ... z.B. führen zu einer Rationierung des Gesundheitsdienstes. Oder betrachten wir es so: Für Teenager wird die Empfängnisverhütung als "Dritter Weg" verkauft zwischen denen, die Enthaltensamkeit befürworten und denen, die sexuelle "Freiheit" betreiben. Das wird als "Dritter Weg" zwischen Extremen angesehen.

Aber die Verhütung löst das Problem nicht; sie macht es schlimmer. Dann kommen die Befürworter des "Dritten Weges" mit weiteren Regelungen wie Abtreibung und Sterilisation (und weiteren Steuern), um dem Problem zu begegnen, das sie selbst verursacht haben. Und danach wird es noch schlimmer.

Es ist ein selbstzerstörerischer Teufelskreis, und es spielt keine Rolle, ob sich die Politik der

Geburtenkontrolle, der "Rechte" der Homosexuellen, des Freihandels, der Gesundheit, Wohlfahrt oder Entwicklungshilfe annimmt. Der Interventionismus verzerrt die freiwillige Zusammenarbeit zwischen Menschen und Nationen, verschlimmert die Probleme und verschafft den "Dritte-Weg-Bereitern" ironischerweise eine Entschuldigung für noch mehr Regelungen, weitere Geldausgaben und den Ausbau der Bürokratie.

Das leitende Organ der EU, die Kommission, wird von Beamten der 15 Mitgliedstaaten gebildet und umfaßt derzeit 21 Kommissare.

Die Kommission überwacht mehr als 17.000 Bürokraten, gibt jährlich etwa 100 Milliarden Dollar aus und erläßt Tausende von Regelungen, welche die 376 Millionen Bürger betreffen. Das EU-Hauptquartier befindet sich in Brüssel, Belgien, in einem neuerbauten 1,2 Milliarden Dollar teuren Gebäude. Die EU-Währung, der Euro, entspricht in etwa dem Dollar. (Zum besseren Verständnis der enormen Größe der EU wird auf die Webseite verwiesen: www.europa.org.)

Sollte ein Mitgliedsstaat wie Deutschland seinen Anteil an "EU-Hilfe", d.h. Zuwendungen, einfordern, muß es sich nach der EU richten. Wer die Kapelle bezahlt, bestimmt die Musik. ...

Europa hat den sozialistischen Weg beschritten

Im vergangenen Jahr sagte die frühere britische Premierministerin Margaret Thatcher vor dem britischen Oberhaus: "Fast alle europäischen Staaten außer Spanien werden sozialistisch regiert. Die Sozialisten haben dies alles erreicht unter der Maske der Mäßigung. Dies kennzeichnet deren neuer Zugang als Dritten Weg. Doch leider führt dieser Dritte Weg nirgendwohin."

"Statt Verstaatlichung erreichen die neuen Utopisten den gleichen Sozialismus, indem sie zahllose Vorschriften einführen und alles, was sie können, kontrollieren. Die Kontrolle ist in der Europäischen Union allgegenwärtig, dafür gibt es eine Fülle von Vorschriften."

Diese verursachen zusätzliche Kosten, die auf Erzeuger und Verbraucher abgewälzt werden, was letztlich zu Arbeitslosigkeit führt, meint Thatcher. Die Arbeitslosenquote in den 15 Mitgliedsstaaten der EU beträgt im Durchschnitt 9 %. In Frankreich sind es mehr als 15 %. Im Vergleich dazu beträgt die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten 4 % und auf einigen Sektoren nur 2,3 %.

Die EU-Arbeitslosenquote sei der "wunde Punkt der industrialisierten Welt", sagte der Autor und Finanzanalytiker William Rees-Mogg.

Aber wenn der "Dritte Weg" der EU Arbeitslosigkeit verursacht, dann anscheinend auch Korruption - das Ergebnis eines politisch-ökonomischen Systems, das auf Zwang und Umverteilung der Einnahmen beruht. So sind im vergangenen Jahr alle 20 Mitglieder der Europäischen Kommission, dem zugleich gesetzgebenden (legislativen) und ausführenden (exekutiven) Organ der EU, zurückgetreten. Viele der Kommissare, die ernannt, nicht gewählt werden, haben Verschwendung und Betrug toleriert oder waren an Korruption und Mißmanagement, Vettern- und Günstlingswirtschaft und massiver Geldverschwendung bei EU-Hilfsprogrammen beteiligt.

... Eine der am meisten kritisierten Kommissare ist Edith Cresson, eine Sozialistin. Die 20 neuen Kommissare sind, mit wenigen Ausnahmen, Sozialisten. Die meisten von ihnen haben niemals wirklich in der freien Wirtschaft gearbeitet oder ein eigenes Geschäft geführt. Sie haben entweder an steuerfinanzierten Universitäten oder in Regierungen gearbeitet.

Der Vizepräsident der Europäischen Kommission Neil Kinnock ist auch Vizepräsident der Sozialistischen Internationale, einer neomarxistischen Gruppierung, die Verhütung, Abtreibung, Homosexualität und eine Menge anderer lebensfeindlicher Praktiken unterstützt. Kinnock ist auch ein langjähriges Mitglied der linksgerichteten Labour Party. Nach dem Verlassen der Hochschule in den 60er Jahren hat er bei verschiedenen Dienststellen der britischen Regierung gearbeitet.

Der Präsident der Europäischen Kommission Romano Prodi ist nach der Hochschule in die Akademie eingetreten. Seine weitere Karriere bei der Regierung begann in den späten 70er Jahren. Prodis politische Richtung ist Mitte links. (Prodi ist praktizierender Katholik und Kommunist. Die Bezeichnung "Mitte Links" ist noch verharmlosend.)

Der Kommissar Erkki Liikanen aus Finnland kam 1972 direkt von der Hochschule zur Regierung, er ist Sozialdemokrat. (Treffender wäre die Bezeichnung Sozialist)

Der belgische Kommissar Philippe Busquin ist Philosoph, der auf dem Gebiet "ökologische Führung" spezialisiert ist. Er begann seine Laufbahn als Lehrer und gehörte der Regierung seit 1977 an. Er diente 1992 der Sozialistischen Partei als Präsident und von 1995-97 der Europäischen Sozialistischen Partei als Vizepräsident.

Der deutsche Kommissar Günter Verheugen hat 1969 mit der Regierungsarbeit begonnen. Er ist im Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und war 1997 Vorsitzender des Sozialistischen Internationalen Rates für Frieden, Sicherheit und Abrüstung.

Der französische Kommissar Pascal Lamy ist Mitglied der Sozialistischen Partei und langjähriger Bürokrat in der Regierung.

Der Ökonomie-Wissenschaftler Thomas DiLorenzo vom Loyola-College sagt: "Die große Mehrheit der Politiker, die der EU und der NATO vorstehen, sind Sozialisten."

Wie im HLI Report vom letzten Monat dokumentiert, baut die EU eine Kultur des Todes auf und unterstützt antichristliche Gedanken und Praktiken. Dazu gehören:

Verhütung, Abtreibung, Euthanasie, Homosexualität und Sexualkunde, "Vielfalt" an Familienformen, Geburtenkontrolle und die International Planned Parenthood Federation (deren deutscher Zweig Pro Familia ist). John Klink, einer der UN-Spitzenunterhändler des Vatikans, bezeichnet die Tätigkeit der EU als "kulturellen Imperialismus", der auf die Zerstörung "der religiösen Überzeugungen aller andern" aus ist. Und der Ökonom und Autor Paul Craig Roberts betrachtet die EU als "Ergebnis von unbesonnenen Intellektuellen, die an ihrer Traumwelt bauen" und die, ob sie es wissen oder nicht, die Saat für künftige europäische Kriege aus säen".

Dies ist der selbstzerstörerische Pfad des "Dritten Wegs" – ein breiter Weg, dem die Vereinigten Staaten (und die Vereinten Nationen) in vieler Hinsicht folgen.<<

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schreibt später über die hohen Zuschüsse für die osteuropäischen Beitrittsstaaten und die Steuerpolitik dieser Länder (x281/327-328):
>>... Europa ist aus Sicht der Investoren eine große Steueroase.

Der Wettbewerb der Finanzpolitiker trägt mittlerweile alle Züge einer Selbstzerstörung. Sie überbieten sich bei den Ansiedlungshilfen, unterbieten einander bei den Steuersätzen und versprechen investitionswilligen Firmen sogar, ihnen die Finanzaufsicht in den ersten Jahren vom Hals zu halten. Ausgerechnet bei der Geldbeschaffung leistet sich Europa eine Kleinstaaterei, die verblüffend ist.

Der Binnenmarkt kam, die Einheitswährung trat in Kraft, die Normierung von Produkttypen und Haftungsrechten ist weit fortgeschritten, nur die Steuergesetzgebung blieb in nationaler Hand. Die Steuerhoheit gilt als das zentrale Recht der Nation, weshalb sich die Finanzminister daran klammern.

Sie wollen nicht begreifen, daß die Globalisierung ihnen einen bösen Streich gespielt hat. Die nationalen Regierungen haben ihre Steuerhoheit genau dadurch verloren, daß sie sich daran klammerten. Sie wollten frei entscheiden und können genau das nicht mehr tun. Die europäischen Staaten sind heute frei nur noch nach unten; sie dürfen die Steuern denken, einfrieren oder abschaffen. Der umgekehrte Weg ist ihnen versperrt. Nur der Souveränitätsverzicht würde sie in die Lage versetzen, neue Souveränität zu erzeugen.

Das freilich ist leichter gesagt als getan. Osteuropa spielt in der Steuerpolitik eine unrühmliche Rolle. Alle Beitrittsstaaten aus dem Beitritt des ehemaligen Sowjetimperiums erhalten

hohe Zuschüsse aus Brüssel, die ihren nationalen Haushalten Luft zum Atmen verschaffen. Die Polen bekommen doppelt so viel, wie sie einzahlen. Lettland erhält das Vierfache seines Einsatzes zurück. Das jetzige Europa ist für sie eine Spielbank mit Gewinngarantie.

Dieses Geld ermuntert die Regierungen, es gegen ihre Spender einzusetzen. Da die Staatsfinanzierung in Polen, Ungarn und andernorts auch dank der Brüsseler Zuwendungen schöne Extraeinnahmen verzeichnet, ging man daran, die Unternehmenssteuern zu senken.

So sollen Unternehmer angelockt und abgeworben werden, vor allem solche, die bisher in Westeuropa ihre Heimat hatten. Mittlerweile zählen die Unternehmenssteuern in Polen, Ungarn und Lettland zu den niedrigsten der Welt. Die Firmen müssen nur zwischen 15 und 20 Prozent des Gewinns an den Fiskus überweisen, derweil in Deutschland durchschnittlich 38,3 Prozent des Gewinns dem Staat zustehen. ...<<

Der evangelische Theologe und Publizist Dr. Lothar Gassmann berichtet später (im Jahre 2008) in seinem Buch "Diktatur Europa? Was darf man in Europa noch sagen?" über die Europäische Union (x861/...): >>Europa als kommende Diktatur

Was darf man in Europa noch sagen?

Die Vereinigten Staaten von Europa

In absehbarer Zeit wird es nicht nur die Vereinigten Staaten von Amerika geben, sondern auch die Vereinigten Staaten von Europa. Zugleich zeichnet sich in Gestalt der Vereinten Nationen (UNO) bereits eine Weltregierung ab - mit Weltparlament, Weltgerichtshof, Weltbank, Weltarmee und Weltpolizei.

Heutzutage umfaßt die Europäische Union bereits 27 Staaten vom Nordmeer bis zum Mittelmeer und vom Atlantik bis zum Bosphorus. Nicht in allen Ländern wurde die Bevölkerung gefragt, ob sie der Europäischen Union beitreten will. In mehreren Staaten regte sich starker Widerstand, so etwa in der Schweiz und in Norwegen, die momentan - aufgrund von Volksabstimmungen und gegen den Willen der Regierenden - noch nicht Mitglieder der Europäischen Union sind. Aber auch in mehreren bereits zur EU gehörenden Ländern ist es keineswegs sicher, ob diese nach dem künftigen Willen der Bevölkerungsmehrheit in der EU bleiben werden.

Von den Regierenden und hinter ihnen stehenden Interessengruppen jedoch wird in der überwiegenden Zahl der Staaten der EU-Beitritt propagiert und forciert, so etwa auch in der islamisch dominierten Türkei, deren Beitritt weithin umstritten ist. Der Wille zur Vereinigung ist - zwar gegen den Willen zahlreicher einzelner Bürger, aber gemäß dem Willen der Mächtigen - da und wird sich daher wohl auch vollends durchsetzen.

Dies entspricht auch der biblischen Prophetie, welche die Entstehung eines antichristlichen Einheitsreiches am Ende der Zeiten voraussagt. Die Frage ist nur: Wird dieses Einheitsreich eine regional begrenzte Größe (z.B. Europa) oder ein weltweiter Verband sein? Meine These, die ich in verschiedenen Publikationen ("Europa - das wiedererstehende Römische Reich?", 2005; "Diktatur Europa?", 2008) ausführlich begründet habe, lautet:

Das wiedererstehende Römische Reich besitzt sein maßgebliches religiöses Zentrum in Rom. Es umfaßt aber am Ende die gesamte Welt und Menschheit, denn die Herrschaft des Antichristen und seines falschen Propheten wird eine weltweite Erscheinung sein.

Es heißt im Wort Gottes:

"Die ganze Erde wunderte sich über das Tier, und sie beteten den Drachen an, weil er dem Tier Macht gab, und beteten das Tier an ... Und ihm wurde Macht gegeben über alle Stämme und Völker und Sprachen und Nationen. Und alle, die auf Erden wohnen, beten es an, deren Namen nicht vom Anfang der Welt an geschrieben stehen in dem Lebensbuch des Lammes, das geschlachtet ist" (Offenbarung 13, 3 ff.)

Die weltanschaulichen Grundlagen der Europäischen Union

Im VERTRAG ÜBER EINE VERFASSUNG FÜR EUROPA PRÄAMBEL heißt es:

"Schöpfend aus den kulturellen, religiösen und humanistischen Überlieferungen Europas, deren Werte in seinem Erbe weiter lebendig sind und die zentrale Stellung des Menschen und die Unverletzlichkeit und Unveräußerlichkeit seiner Rechte sowie den Vorrang des Rechts in der Gesellschaft verankert haben ... (sind die Hohen Vertragsparteien nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten wie folgt übereingekommen:)"

In Artikel 2 der EU-Charta werden "Die Werte der Union" beschrieben:

"Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte; diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und Nichtdiskriminierung auszeichnet."

Es fällt auf, daß in dieser Präambel sowie in der Beschreibung der Werte und Ziele jeder Bezug auf Gott und die christlichen Wurzeln des Abendlandes fehlt. An der Stelle Gottes wird in der Präambel "die zentrale Stellung des Menschen" betont.

Dementsprechend finden sich dann die "Werte" eines atheistischen Humanismus, vor allem der Gedanke des Pluralismus und der Toleranz. Pluralismus und (Sach-)Toleranz schließen aber gerade feste Werte aus, wie sie uns etwa in den Zehn Geboten der Bibel vermittelt werden. Pluralismus und Toleranz - das bedeutet praktisch: Duldung unterschiedlichster Meinungen und Wertvorstellungen, auch wenn sie in Widerspruch zu Gottes Willen und Geboten stehen. Diese gottlose Basis des neuen Europa zeigt sich besonders folgenreich in Artikel 21 der EU-Charta über "Nichtdiskriminierung", wo es heißt:

"Diskriminierungen insbesondere wegen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der ethnischen oder sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der Religion oder der Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung sind verboten."

Unter "Diskriminierung" wird die Herabsetzung eines Menschen - etwa aus den genannten Gründen - verstanden. Die entscheidende Frage freilich ist: Wann beginnt der "Straftatbestand" Diskriminierung? Bei einer üblen Beschimpfung (die in der Tat abzulehnen und zu ahnden ist) - oder aber bereits bei einer von der Bibel her gebotenen sachlichen Kritik? Darf ein Christ etwa nicht mehr sagen: "Wer einer nichtchristlichen Religion anhängt, kann gemäß Johannes 14,6 nicht zu Gott dem Vater kommen." Oder: "Wer Homosexualität praktiziert, tut Sünde."?

Hier tut sich ein Konflikt zwischen dem "Nichtdiskriminierungs-Gesetz" und der ebenfalls (bisher) gesetzlich verankerten Meinungs-, Glaubens- und Religionsfreiheit auf, der den Juristen noch viel zu schaffen machen könnte.

Die Ziele der Homosexuellen-Bewegung

Janet L. Folger hat im Jahr 2005 in den USA ein bemerkenswertes Buch veröffentlicht mit dem Titel: "The Criminalization of Christianity". "Read this, before it becomes illegal!", ist der Untertitel. Zu Deutsch: "Die Kriminalisierung des Christentums". "Lesen Sie dieses Buch, bevor es illegal (ungesetzlich) wird!" Sie schreibt darin: "Das letztendliche Ziel der Homosexuellen-Bewegung ist die Kriminalisierung des Christentums." Auf Seite 82 und 83 veröffentlicht sie die weltweit propagierte Homosexuellen-Agenda, die bereits am 25. April 1993 bei einem "Gay Pride March" - das heißt zu Deutsch etwa "Schwulen-Stolz-Marsch" - in Washington D.C. ganz offiziell verabschiedet wurde. Darin heißt es:

"1. Alle Sodomiegesetze sollen aufgehoben und alle Formen von sexueller Ausdrucksweise, einschließlich Pädophilie (Kinderschändung; L. G.), legalisiert werden."

"2. Die Verteidigungshaushaltsgelder sollen umgewandelt werden, um Aidspatienten medizinische Versorgung zu ermöglichen."

Das mag ja noch akzeptabel sein. Aber dann heißt es auch: "... um Geschlechtsumwand-

lungoperationen vorzunehmen." Vor einiger Zeit hat sich z.B. in den USA eine methodistische "Pastorin" umwandeln lassen in einen "Pastor".

3. Die gleichgeschlechtliche Ehe und Adoption ... soll legalisiert werden.

4. Homosexuelle Erziehungsprogramme sollen auf allen Ebenen der Erziehung, einschließlich Grundschulen, eingeführt oder angeboten werden.

5. Verhütungs- und Abtreibungsdienste sollen verfügbar gemacht werden für alle Personen, unabhängig vom Alter (auch schon für minderjährige Mädchen; L. G.).

6. Steuerzahlermittel sollen eingesetzt werden für künstliche Besamung von Lesben und Bisexuellen.

7. Religiös begründete Äußerungen bezüglich Homosexualität sollen verboten werden.

8. Organisationen wie die Pfadfinder sollen dazu gebracht werden, homosexuelle Gruppenführer zu akzeptieren."

Wir wollen natürlich dem einzelnen homosexuell empfindenden Menschen seelsorgerlich helfen und beistehen, damit er zur biblischen Orientierung der Heterosexualität findet, die Gott uns schöpfungsgemäß geschenkt hat und wozu Er uns in Seinem Wort anweist. Ich sehe es allerdings als ein Zeichen der endzeitlichen Entwicklung an, daß der "Mensch der Sünde" sich immer mehr auf den Thron Gottes zu setzen versucht (2. Thessalonicher 2), auch in dieser Form. Und dazu gehört nicht nur dieses: Propagierung sexueller und anderer Unmoral, sondern gleichzeitig wird auch gesagt: Man muß die "Fundamentalisten" (dazu werden auch bibeltreue Christen gerechnet) mundtot machen bzw. "zähmen".

Dieser Begriff ("die Fundamentalisten zähmen") stammt von Robert Muller, der über 30 Jahre Vizesekretär der Vereinten Nationen gewesen ist. Robert Muller, ein Elsässer, arbeitet seit Langem an dem Projekt einer "Eine-Welt-Regierung" ("One World Government") und "Eine-Welt-Kirche" ("One World Church"). "Mein Traum", sagt er, "ist es, eine riesige Allianz zwischen allen Hauptreligionen dieser Welt und den Vereinten Nationen aufzubauen".

Muller ist ein typischer New-Age-Denker. Er arbeitet mit den Theosophen in der Blavatsky-schen und Besantschen Tradition zusammen an diesem Ziel. Er sagt weiter: "Aber da ist nur ein kleines Problem: das sind diese verdammten Christen ('damned Christians')." Und weiter: "Friede wird nur entstehen durch die 'Zähmung' des Fundamentalismus." Er versteht darunter das Christentum, das an der Heiligen Schrift als wortwörtlich inspiriert (jedenfalls im Urtext) festhält.

Beispiele für eine beginnende Christenverfolgung in Europa

Harry Hammond, ein 67 jähriger Engländer, hielt vor einigen Jahren in einem englischen Park ein Schild hoch, darauf war zu lesen: "Stoppt Unmoral! Stoppt Homosexualität! Stoppt Lesbianismus!" Und was geschah?

Homosexuelle sahen das, telefonierten miteinander, und es kam eine ganze Gruppe, die ihn zuerst lächerlich machte und dann tätlich angriff und zu Boden schlug. Dann riefen sie sogar die Polizei selber herbei. Wen nahm die Polizei daraufhin fest? Diesen 67-jährigen älteren Bruder! Diesen klagten sie an und sagten, sein Schild sei ein illegales Zeichen, er habe damit die Leute provoziert, und das dürfe man heute nicht. So sind heute schon die Gesetze umgeändert!

In Schweden wurde im Herbst 2002 mit großer Mehrheit ein Gesetz verabschiedet, welches unter anderem für kritische Äußerungen über Homosexualität oder Homosexuelle eine Freiheitsstrafe bis zu vier Jahren vorsieht. Dies soll auch dann gelten, wenn sich derjenige, der sich kritisch zur Homosexualität äußert, auf Bibelstellen beruft, wie z. B. auf Römer 1, 26; 1. Korinther 6, 9 - 11 und andere. Die Bibel soll wohl noch zitiert werden dürfen, aber - und dies ist der springende Punkt - sie soll nicht mehr als auch für unsere Zeit verbindliches Wort und Gebot Gottes ausgelegt und verkündigt werden.

Sie soll also zum historischen Archiv herabgesetzt (oder soll man sagen: diskriminiert) wer-

den. Hierin erkennen wir die Absicht des Teufels und des Antichristen, uns weg von Gott und Seinem Wort zu ziehen und die, welche an Gottes Wort festhalten, auszugrenzen und in Verfolgung zu stürzen.

Es gab in Schweden im Hinblick auf das oben erwähnte Gesetz einen Präzedenzfall (Musterfall): Der Pastor einer freikirchlichen Gemeinde namens "Ake Green" bezeichnete in einer Predigt Homosexualität und andere abnorme Neigungen als Sünde und als "Krebsgeschwulst am Körper unserer Gesellschaft". Außerdem sagte er, jeder der zu Jesus Christus umkehrt und seine Kraft in Anspruch nimmt, könne davon geheilt werden. Für diese Äußerungen wurde Ake Green angezeigt.

Der Rechtsstreit durchlief mehrere Instanzen. Der Pastor hat durch Gottes Gnade vor dem höchsten Gericht Schwedens in letzter Instanz gewonnen. Das Gericht entschied, daß seine Äußerung durch das Recht auf Religions- und Meinungsfreiheit gedeckt ist. Daraufhin wollen nun die liberalen (scheinliberalen) Parteien in Schweden das Antidiskriminierungsgesetz verschärfen. Bisher aber ist die Entscheidung des Gerichtes ein wichtiger Präzedenzfall, auf den wir uns in Europa eventuell berufen können.

Ein Fall aus neuester Zeit: Im Februar 2008 hat das Amtsgericht von Cardiff (Großbritannien) den anglikanischen Bischof von Hereford, Anthony Priddis, zu einer Geldstrafe von 47.345 Pfund (umgerechnet 63.540 Euro) verurteilt. Sein "Vergehen": Der Bischof hatte einem Homosexuellen die Anstellung als Jugendmitarbeiter verweigert, weil er gemäß der christlichen Sexualmoral handeln wollte, die allein die Ehe von Mann und Frau als Ort geschlechtlicher Gemeinschaft vorsieht. Zusätzlich zu dieser immensen Geldstrafe verurteilte das Gericht den Bischof und seine Mitarbeiter zur Teilnahme an einem "Gleichberechtigungs-Training" mit dem Ziel der Umerziehung!

Ähnliche Fälle nehmen inzwischen weltweit zu (z.B. auch in Südafrika, USA und Kanada; vgl. die Beispiele in meinem Buch "Diktatur Europa"). Besondere Schlagzeilen gab es in Deutschland im Frühjahr 2008 im Blick auf den Jungendkongreß Christival. Ein "Homo-Heilungs-Seminar", das dort ursprünglich angeboten war, wurde aufgrund finanzieller Abhängigkeit von der Bundesregierung und starken öffentlichen Drucks der Grünen und Homosexuellen-Verbände aus dem Programm genommen.

Die Europäische Verfassung und Gesetzgebung

Die deutsche Tageszeitung "Die Welt" veröffentlichte schon mehrfach gemeinsame Artikel des früheren Bundespräsidenten Roman Herzog zusammen mit Lüder Gerken. Roman Herzog war von 1994 bis 1999 Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland und vorher, von 1987 bis 1994, Präsident des deutschen Bundesverfassungsgerichts. Er hat sogar bei der EU-Charta mitgewirkt, und zwar als Leiter derjenigen Kommission, die die EU-Charta entworfen hat! Und was sagt er heute?

Roman Herzog schreibt in der WELT AM SONNTAG vom 14.1.2007: "Die Europäische Union gefährdet die parlamentarische Demokratie in Deutschland." Und weiter: "Die Menschen in Deutschland sind weiter, als mancher Politiker meint.

Die meisten Menschen stehen der europäischen Integration im Grundsatz positiv gegenüber. Gleichzeitig aber beschleicht sie das immer mächtiger werdende Gefühl, daß da etwas nicht stimmt; daß eine intransparente, komplexe und verflochtene Mammut-Institution entstanden ist, die, losgelöst von Sachproblemen und nationalen Traditionen, immer weitere Regelungsbereiche und Kompetenzen an sich zieht." Er spricht in seinem Artikel immer wieder von der Zentralisierung aller Kompetenzen. Es wird alles immer mehr in einem Machtzentrum zusammengezogen, wie wir diesen Zentralismus in der Vergangenheit auch schon in verschiedenen Staaten erleben mußten.

Europarat verurteilt biblische Schöpfungslehre

Nun kommt ein weiterer klarer Beweis dafür, daß sich die Europäische Union insgesamt im-

mer mehr in Richtung "Gesinnungsdiktatur" entwickelt. Die parlamentarische Versammlung des Europarats hat am 4. Oktober 2007 eine Resolution veröffentlicht unter der Überschrift: "Die Gefahren des Kreationismus in der Erziehung." Kreationismus (von lat. creatio = Erschaffung) ist die biblische Schöpfungslehre - also die Lehre, daß Gott die Welt in 6 Tagen so geschaffen hat, wie es Sein Wort sagt, und am 7. Tag ruhte. Wie wird in dieser Resolution formuliert?

Man höre genau hin, wie sich politische Gremien in weltanschauliche, glaubensmäßige Entscheidungen einmischen. Politiker bestimmen über das, was man in dem Zusammenhang auch in Schulen unterrichten darf. Es heißt wörtlich: "Wenn wir nicht aufpassen, könnte der Kreationismus eine Bedrohung für die Menschenrechte werden, die eine zentrale Angelegenheit des Europarates darstellen."

Wir sind also - wie in altrömischer Zeit - Feinde des Menschengeschlechts, wenn wir die Bibel noch ernst nehmen.

Und dann heißt es - jetzt wird es immer gravierender -: "Die Evolutionslehre zu verleugnen, kann ernsthafte Konsequenzen haben für die Entwicklung unserer Gesellschaften ... Der Krieg gegen die Evolutionstheorie und ihre Vertreter gründet sich meistens in Formen von religiösem Extremismus, der eng verbunden ist mit extremen rechtsradikalen politischen Bewegungen."

Jetzt sind wir als bibeltreue Christen in der Nazi-Ecke - und das, obwohl z.B. ich selber alles andere als ein Nazi bin. Ich habe z.B. die israelische Nationalhymne für Musikverlage ins Deutsche übersetzt und verschiedenes andere für Israel getan. Aber ich sage das als Beispiel dafür, wie schnell man in diese Ecke gedrängt wird.

Das wiedererstehende Römische Reich und die Römisch-Katholische Kirche

Nicht nur politische Mächte fast jeder Couleur, sondern auch ökumenische Organisationen und die Römisch-Katholische Kirche spielen eine wichtige Rolle bei der Vereinigung Europas und der gesamten Menschheit.

Dies hat sich etwa bei den bisher durchgeführten Stuttgarter Europatagen unter großer katholischer und ökumenischer Beteiligung (auch von Charismatikern und Evangelikalen!) gezeigt. Und doch mündet die religiöse Schiene beim Einigungsprozeß gemeinsam mit der politischen Schiene letztlich in Rom. Auffallenderweise wurde am 29. Oktober 2004 die Verfassung der Europäischen Union von Staats- und Regierungschefs aus 25 Ländern auf dem Kapitol in Rom unterzeichnet. Radio Vatikan kommentierte:

"Den Text der Verfassung, der völlig ohne die Worte 'Gott' oder 'Christentum' auskommt, unterzeichnen alle - Ironie der Geschichte - unter einer großen, historischen Papststatue."

War dies wirklich nur eine Ironie der Geschichte? Warum hat man denn gerade diesen symbolträchtigen Ort gewählt? Hat der Vatikan vielleicht doch mehr mit der Vereinigung Europas zu tun, als viele denken? Am 30.10.2004 jedenfalls, einen Tag nach der Unterzeichnung, wurde der Papst mit folgenden Worten zitiert:

"Der Heilige Stuhl und ich persönlich haben diesen Erweiterungsprozeß unterstützt, damit Europa mit seinen zwei Lungenflügeln atmen kann: dem Geist des Westens und dem Geist des Ostens."

Immer wieder hat Johannes Paul II. (Karol Wojtyla) seinen Willen zur europäischen und weltweiten Vereinigung unüberhörbar bekundet, so z.B. bei dem interreligiösen Friedensgabetreffen in Assisi im Oktober 1986 oder bei seiner Ansprache an die südwestdeutschen Bischöfe vom 21.12.1992. Dabei sagte er:

"Ich begrüße Eure Initiative, sich der umfassenden Herausforderung des europäischen Einigungsprozesses, gemeinsam mit den Katholiken in allen Ländern Europas, zu stellen. Dabei bin ich sicher, daß ihr wie bisher die Aufgaben in dem noch umfassenderen Einigungsprozeß auf dem Weg zur einen Welt nicht aus den Augen verlieren werdet."

Ebenso äußerte sich Wojtylas Nachfolger im Papstamt, Benedikt XVI., bereits im Jahre 1995 (noch als Joseph Kardinal Ratzinger):

"Der Gedanke der Nation muß durch den europäischen Gedanken ergänzt und erweitert werden, der wiederum in die weltweite Verantwortung aller Kulturen füreinander in der einen Welt einzufügen ist."

Nach katholischer Vorstellung ist Maria die Herrin Europas. Hier sei erwähnt, daß Otto von Habsburg, ein überzeugter Katholik, jahrzehntelang sowohl der Paneuropa-Union als auch dem "Orden vom Goldenen Vlies" vorstand, der Maria geweiht ist. Papst Pius XII. hatte bereits am 24.12.1941 den Appell ausgegeben, "ein neues Europa und eine neue Welt aufzubauen". Immer wieder haben "Marienerscheinungen" - in Wirklichkeit "spiritistische Phantome" (E. M. Slade) - über ihre Medien dazu aufgerufen, Europa und die Welt zu vereinigen und diese "dem Herzen Marias zu weihen".

Obwohl manche denken, Papst Benedikt XVI. sei "reformatorischer" als seine Vorgänger, darf man sich doch über seine tiefreichende katholische Prägung und unbiblische Marienverehrung keine Illusionen machen. So versprach er z.B. den Teilnehmern des Weltjugendtages in Köln im August 2005 unter bestimmten Voraussetzungen einen Ablass (!) ihrer zeitlichen Sündenstrafen im Fegefeuer. Und so hielt er wenige Tage vor diesem Kölner Großereignis in seiner Sommerresidenz Castel Gandolfo eine Ansprache anlässlich der "Himmelfahrt Marias", in der er ausführte:

"Wie Christus mit seinem verherrlichten Leib von den Toten auferstanden und in den Himmel aufgefahren ist, so wurde die ihm voll zugesellte Jungfrau mit ihrer ganzen Person in die himmlische Herrlichkeit aufgenommen ...

Ich bitte die in den Himmel aufgenommene Jungfrau Maria um ihren Beistand für die jungen Teilnehmer des Weltjugendtages ... In und mit Gott ist sie jedem von uns nahe, kennt unsere Herzen, kann unsere Gebete hören, kann uns mit ihrer mütterlichen Freundlichkeit helfen und ist uns gegeben, wie der Herr sagte, als eine Mutter, zu der wir uns in jedem Augenblick wenden können. Sie hört uns immer zu, ist uns immer nahe und besitzt als Mutter des Sohnes Anteil an der Macht des Sohnes und seiner Gottheit."

Gott mehr gehorchen als den Menschen

In all diesen Entwicklungen wird der Vers in Apostelgeschichte 5, 29 wichtige Bedeutung erlangen: Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen. Zwar wollen wir nach Römer 13 gehorsame und treue Untertanen der Obrigkeit sein, aber die Bibel lehrt uns auch die Grenze dieses Gehorsams.

Wir sollen nicht einfach die Köpfe in den Sand stecken, sondern Widerstand leisten, so lange es noch möglich ist. Und wenn sie uns ins Gefängnis stecken, dann sollen wir auch dazu bereit sein.

Janet Folger ruft in ihrem Buch "The Criminalization of Christianity" dazu auf, solange es noch Zeit ist, Einfluß zu nehmen in den Schulen, in Gesetzgebungen, in Massenmedien, den Wissenschaften, auf musikalischem Gebiet, auch zusammenzuarbeiten, so weit es möglich ist, aber nicht um den Preis der Wahrheit. Ich bin nicht für eine große Koalition aller Konfessionen, wie es manche jetzt propagieren, aber für ein Zusammenstehen derer, die wirklich wiedergeboren sind durch den Geist Gottes, auch bei allen Unterschieden, die es in einzelnen Lehrfragen gibt.

Und vor allem: Wir sollten uns abwenden von einer Abwehrhaltung hin zu einer offensiveren Haltung. Janet Folger schreibt: "Immer wieder werden die Begriffe uns übergestülpt. Wir werden als engstirnig hingestellt, als intolerant, als vorgestrig, als gesetzlich, und die anderen präsentieren sich dar als fortschrittlich, als modern, als tolerant, als pluralistisch."

Nein, wir sollen ganz klar sagen, daß wir nur das Beste vertreten, daß wir die beste Botschaft haben für die Menschen, damit sie wirklich heil werden und auch ins Reine kommen mit Gott,

und damit auch ihr eigenes Leben wieder eine ganz neue Basis bekommt durch unseren Erlöser und HERRN Jesus Christus. Möge Gott der HERR uns dazu noch Zeit und Gnade schenken. Und möge uns der HERR Jesus Kraft schenken, wenn es einmal wieder auch für uns etwas kosten sollte, Christ zu sein.<<

06.09.1999

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 6. September 1999 über Schröders Staatsbesuch in Polen: >>**Buzek und Schröder sind jetzt per Du**

... Buzek ist offenbar erleichtert über den Rücktritt seines Innenministers Janusz Tomaszewski, er wirkt gut gelaunt. Nun spricht er Schröder direkt an, auf englisch und an einer Studentin vorbei, die zwischen den beiden sitzt. "My name is Jerzy. What is your name?"

Schröder wundert sich ein bißchen, dann ergreift er die ausgestreckte Hand und lacht. ...

Es ist nicht das erste Mal, daß Buzek in seiner unkomplizierten Art die deutsch-polnische Atmosphäre entspannt. Als vor Schröders Antrittsbesuch im Herbst 1998 der polnische Außenminister Bronislaw Geremek Zweifel an der Europapolitik der neuen Bundesregierung äußerte, betonte Buzek vor Journalisten, daß man den deutschen Beteuerungen einer stetigen Politik natürlich glaube.

Nun signalisiert er, daß man Deutschland zwar nicht aus der historischen Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg und die Verbrechen in Polen entlassen werde, dies aber keine Rückwirkungen auf das Verhältnis zum "EU-Anwalt Polens" haben werde.

"Deutschland war ein guter Anwalt bei unserem NATO-Beitritt", erklärt Buzek. "Einen Anwalt, der gute Arbeit geleistet hat, wechselt man nicht. Ich denke, Deutschland wird uns auch ein guter Anwalt bei der Aufnahme in die EU sein." ...

Die gute Stimmung Buzeks hat noch einen anderen Grund: In aller Heimlichkeit hatten er und Schröder bereits bei ihrem Treffen in Danzig im Mai vereinbart, Bewegung in die festgefahrenen Verhandlungen um die Rückgabe polnischer Kulturgüter zu bringen, die nach dem Krieg in polnische Hände gefallen sind. Jetzt haben die beiden Politiker ein Abkommen über den Austausch von Archivalien unterzeichnet, die für die Verwaltung des jeweils anderen Landes wichtig sind. ...

Vor dem feierlichen Beethoven-Konzert hielt der polnische Regierungschef eine Rede, in der er ausführlich und in deutlichen Worten an die Besatzungszeit, den Zweiten Weltkrieg und den polnischen Widerstand gegen die Deutschen erinnerte.

Doch am selben Tag teilte er auch mit, er habe bereits mit dem Warschauer Stadtpräsidenten besprochen, daß in Kürze ein Platz oder eine Straße in Warschau nach dem früheren Bundeskanzler Willy Brandt benannt werden solle. Schröder, so wurde berichtet, sei gerührt gewesen angesichts dieser Information.<<

17.09.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 17. September 1999: >>... Der gemeinsam von Volkswagen und Porsche geplante Geländewagen wird voraussichtlich im slowakischen Bratislava (Preßburg) und nicht in Hannover gebaut. ... Die Slowakei soll mit Steuervergünstigungen gelockt haben.<<

18.09.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 18. September 1999 über den beantragten EU-Beitritt Polens: >>**Verheugen: Polen schnell in die EU holen**

Polen soll nach den Worten des zuständigen EU-Kommissars Günter Verheugen möglichst schnell der Union beitreten. ...

Verheugen versteht unter EU-Erweiterung indessen nicht nur die Ausweitung nach Osten. "Auch der Süden und Südosten sind interessant", sagte er. Die Vollendung der Europäischen Einheit sei die einzige Chance, dauerhaft Frieden und Stabilität auf dem gesamten Kontinent zu schaffen. Am Ende seiner Amtszeit 2005 möchte Verheugen bereits Polen, Tschechien,

Slowenien und Estland in der EU begrüßen.<<

24.09.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 24. September 1999: >>Vom Land kein Geld für Ostkreuz

Die Landesregierung wird das sog. "Kreuz des Deutschen Ostens" bei Bad Harzburg im Landkreis Goslar nicht in Eigenregie wieder aufbauen. ... Es werde auch keinerlei Geld gestellt.

Gegen eine private Initiative zum Wiederaufbau habe das Land aber nichts einzuwenden. Voraussetzung sei eine Zustimmung der Naturschutzbehörden.

Das rund 20 Meter hohe alte Kreuz, das von Landsmannschaften und Vertriebenenverbänden aufgestellt worden war, war Anfang vergangenen Jahres von einem Sturm zerstört worden. Der Goslarer Kreistag hat den Wiederaufbau mehrheitlich beschlossen. Gegen die Pläne zum Wiederaufbau gibt es Widerstand von Umweltinitiativen.

Die Kosten für den Wiederaufbau werden auf rund 100.000 DM geschätzt. 50.000 DM hat eine Bürgerin aus Bad Harzburg bereits gespendet.<<

29.09.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 29. September 1999: >>Der Symbolwert war entscheidend

Spätaussiedlerlager Friedland bleibt erhalten / Bramsche wird "Reservelager"

Die finanziellen Gründe, das Lager Friedland zu erhalten und den Standort Bramsche zu schließen, hat Bundesinnenminister Otto Schily am Dienstag in Berlin zuerst genannt. Friedland kostet den Bund 21,4 Millionen Mark im Jahr, in Bramsche wären es 25,5 Millionen gewesen. ...

Es sei der Respekt gewesen vor einem historischen Ort, der hohen Symbolwert in der Nachkriegszeit gewonnen habe, sagte (Bundesinnenminister) Schily: "Wer der älteren Generation zuzurechnen ist, wie ich, der versteht das."

... Das ehemalige Grenzdurchgangslager im Süden Niedersachsens wird künftig mit seinen 1.300 Betten das einzige Aufnahmelager sein, alle anderen werden geschlossen. ...<<

16.10.1999

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 16. Oktober 1999 (x887/...): >>Schicksal Ostfront: Das Leiden betraf alle

Ein Mitglied der Widerstandsgruppe um General von Tresckow nimmt Stellung zu Reemtsmas Anti-Wehrmachtsausstellung von Philipp Freiherr von Boeselager

Es gibt keine Zweifel, es sind grauenhafte Verbrechen an Polen, Russen, Zigeunern, Juden und auch an Deutschen selbst begangen worden.

Aber schon die Überschrift der Ausstellung "Verbrechen der Wehrmacht" ist eine Täuschung, da gar nicht Verbrechen der Wehrmacht gezeigt werden - zur Wehrmacht gehörten auch die Luftwaffe und die Marine - sondern Verbrechen von SS, SD, Polizeieinheiten und von Angehörigen des Heeres. Die SS- und Polizeieinheiten, die die Judenmorde im großen Stil durchführten, gehörten nicht zur Wehrmacht. Die SS hat es immer entschieden abgelehnt, zur Wehrmacht gerechnet zu werden. Sie dünkte sich ja als etwas Besseres.

Es wird in der Ausstellung auch nicht erläutert, wie sich die Angehörigen von SS und Polizei und Osteinheiten in ihren Uniformen vom Heer unterschieden, und so glaubten viele der jüngeren Besucher, wie ich es in Frankfurt erlebt habe, bei den abgebildeten SS- oder Polizeiangehörigen, handle es sich um Heeresangehörige.

In der Ausstellung werden unendlich viele Fotos von einzelnen Soldaten gezeigt, von grauenhaften Erschießungen und Erhängungen. Aber wenn die Ausstellung historischen, wissenschaftlichen Ansprüchen genügen wollte, müßten die gezeigten Bilder wenigstens Angaben

über Ort und Zeit, den Täter und den Grund der Tat anführen; bei zwei Dritteln der Bilder fehlen diese Angaben.

So zeigte die Ausstellung eine Sammlung von Fotos, deren Herkunft und deren Zusammenhang mit den Ereignissen und Morden nicht immer klar ist.

Hatten die erhängten Partisanen beispielsweise Minen gelegt, oder was war der Anlaß, daß sie erhängt wurden?

Sicherlich, ich sagte es bereits, sicherlich sind auch von Heeresangehörigen Verbrechen begangen worden.

Hätte die Ausstellung die Überschrift "Der Krieg als Gefährdung der 'humanitas', so wäre sie eher zu begrüßen. Der Erzbischof von Canterbury sagte anläßlich des Gedenkgottesdienstes für die Opfer der englischen Luftangriffe auf Dresden: "Wir waren nach sechs Kriegsjahren alle enthemmt."

Aber das ist nicht das Ziel der Ausstellung. Ansonsten hätte man nicht nur den sogenannten Kommissarbefehl erwähnt, sondern auch den ganz ähnlichen Befehl Stalins vom 3. Juli 1941, der lautete: "Alle deutschen Offiziere, die Parteimitglieder waren, sind sofort zu erschießen." Stalin scheint nicht gewußt zu haben, daß dieser Befehl nur Reserve-Offiziere treffen konnte, da aktiven Offizieren die Mitgliedschaft in der Partei von Anfang an verboten war.

Es wird auch nicht der sogenannte "Fackelmännerbefehl" Stalins vom 3. August 1941 erwähnt, der zur völkerrechtswidrigen Partisanentätigkeit aufrief und die Russen in den von den Deutschen besetzten Gebieten dazu aufforderte, möglichst in deutschen Uniformen Dörfer anzustecken und Zivilisten, die mit den Deutschen zusammengearbeitet hatten, aufzuhängen. Diese russischen Partisanen in deutschen Uniformen hießen wegen der Brände, die sie legten, "Fackelmänner".

Da die Russen ihre Erfolge dokumentierten, wie der ehemalige Chef der Partisanen dem Verfasser dieser Zeilen vor zwei Jahren bei einem Besuch in Smolensk berichtete, ist zu fragen, ob nicht auch Bilder in der Ausstellung - über ein Drittel von 314 Bildern stammen aus dem russischen Staatsarchiv - solche Fackelmänner-Tätigkeiten dokumentieren.

Wir wissen heute, wie russische Quellen einzuschätzen sind. So haben bei dem berühmten Leningrader Prozeß alle deutschen Offiziere gestanden, sie hätten die polnischen Offiziere in Katyn erschossen. Die Wahrheit ist heute bekannt. Aber die deutschen Offiziere wurden damals aufgrund ihrer erpreßten Aussagen alle hingerichtet. Ähnlich war es bei dem Minsker Prozeß.

Waren die Partisanen eine wirkliche Gefährdung der deutschen Soldaten?

Nach Aussage des Smolensker Partisanenchefs gab es 1943 zwischen Smolensk und der Front nach Osten etwa 40.000 Partisanen und von Smolensk aus nach Westen bis zum Reichsgebiet insgesamt etwa 300.000.

Dabei wollte der Chef unter Partisanen nur solche Zivilisten verstehen, die durch Funkgeräte von Moskau aus geführt werden konnten und bewaffnet waren. Diese Partisanen töteten im Bereich der Heeresgruppe Mitte etwa 30.000 Soldaten und 250.000 Landesbewohner, die sich mit den Deutschen verbündet hatten.

Die monatlichen Anschläge auf Eisenbahnen und sonstige Verkehrseinrichtungen beliefen sich auf etwa 500.

Die Deutschen hatten in diesem Raume fünf Sicherungsdivisionen, die aus 65.000 älteren, schlecht bewaffneten Soldaten bestanden.

Die Divisionen erlitten erhebliche Verluste, da sie bei ihren Streifzügen von den Partisanen meuchlings ermordet wurden.

Wenn man das Buch des russischen Historikers A. E. Epifano liest, wird man in der von mir geäußerten Vermutung bestärkt, da er schildert, wie eine den Deutschen in der Gefangenschaft angelastete Verbrennung eines Dorfes in Wirklichkeit vom russischen NKWD, dem Staatssi-

cherheitsdienst, vorgenommen wurde.

Die Reemtsma-Ausstellung arbeitet mit Unterstellungen, sie verschweigt, daß die Masse der Soldaten an der Front fast gar nicht mit Partisanen oder Juden in Berührung kam.

Neben dem Vorwurf, das Heer habe den Partisanenkrieg benutzt, um die Zivilbevölkerung auszurotten, lautet der zweite Anwurf gegen die Wehrmacht, das Heer habe die russischen Gefangenen absichtlich schlecht behandelt und verhungern lassen.

Das Schicksal der russischen Gefangenen war schrecklich. Aber wenn wir jetzt die schauerlichen Bilder vom Kosovo oder aus Mazedonien und Albanien mit den jeweils 50.000 bis 60.000 Flüchtlingen, die in ein friedliches, hinreichend von der Nato versorgtes Land fliehen und das mit den 400.000 russischen Gefangenen vergleichen, die beispielsweise im Herbst 1941 schon halb verhungert in ein Gebiet kamen, das - wie ganz Rußland - eine schlechte Infrastruktur hatte und ein ausgesprochen armes Land war, wenn man das vergleicht, dann erst bekommt man einen Blick für die damalige Situation der Gefangenen und der deutschen Soldaten.

Ich sehe sie noch in riesigen Mengen während unseres Vormarsches uns entgegenkommen. So brachte der Spähtrupp Nagel einmal über 2.000 Gefangene zurück. Wir hatten auf unseren Pferden nur unsere Tagesration für 160 Soldaten bei uns und schickten die Gefangenen einfach weiter nach hinten. Verpflegen konnten wir sie nicht, und ähnlich wird auch die Lage bei der Division hinter uns gewesen sein.

Ihre Unterbringung litt an mangelndem Wachpersonal und an mangelnder Unterkunft, da auf Geheiß Stalins vom 3. Juli 1941 - Zitat - "alles zu vernichten (war), was dem Feind als Unterkunft oder zur Versorgung mit Nahrungsmitteln dienen könnte".

So zogen die Gefangenen meist, fast ohne Bewachung, nach hinten und wurden dort in irgendeinem primitiven Lager untergebracht. Ihr Schicksal war schrecklich. Von den 5,245 Millionen russischen Kriegsgefangenen starben allein im ersten Winter fast zwei Millionen an Hunger und Seuchen.

Ihre Versorgung war sicherlich schlecht, da die Versorgung der deutschen Truppe im besonders kalten Winter 1941/42 im Bereich der Heeresgruppe Mitte, die in der Ausstellung miserabel behandelt wird, fast zusammengebrochen ist.

Anstatt der für den Nachschub benötigten über 70 täglichen Versorgungszüge fuhren nur 23, da die Lokomotiven größtenteils einfroren und die Loks für die Strecken, die noch die breitere, russische Spur hatten, fehlten. Wegen der großen Kälte hatten die Schienenwege nicht rechtzeitig auf die normale, europäische Spur umgenagelt werden können. So fehlte der Truppe der dringend benötigte Brennstoff, die Munition und Verpflegung.

Ich habe das selbst am eigenen Leibe erfahren. Ich wurde vor Moskau durch einen Bauchschuß schwer verwundet und wurde erst nach fast 14 Tagen ärztlich versorgt. Die ersten drei Tage war ich bei minus 30° Celsius auf einem Panjeschlitten - wegen der Kälte waren die Sanitätsautos nicht mehr angesprungen und hatten auch keinen Sprit mehr - mit einem russischen Gefangenen als Kutscher mutterseelenallein zu einem Verwundetensammelpunkt nach Westen gefahren.

Als wir nach drei Tagen an diesem Verwundetensammelpunkt ankamen, sagte mir ein Arzt: "Fahren Sie um Gottes Willen weiter, hier in den drei Buden liegen über hundert Verwundete und die übrigen 800 liegen alle auf dem Schnee und werden erfrieren. Wir haben nichts, um sie zu schützen, und der Abtransport klappt überhaupt nicht."

So fuhr ich weiter bis zur nächsten Bahnstation. Dort wurden wir zu 42 Schwerverwundeten in einen normalen Güterwagen verladen und zuerst nach Orel gefahren. Dort auf dem Bahnhof blieben wir drei Tage stehen, da keine Lokomotive kam. Während dieser Tage bestand unsere Versorgung darin, daß ein russischer Hilfswilliger, also ehemaliger Soldat, uns gefrorenes Brot und Konservenbüchsen in den Waggon warf, mit denen wir als Schwerverwundete nichts

anfangen konnten.

Dann, nach diesen drei Tagen, ging es nach Westen. Beim Ausladen lebten von den 42 Schwerverwundeten noch zwei, die anderen waren erfroren. Das war die Lage im Winter 1941/42, und, wenn die deutschen Soldaten so schlecht versorgt wurden, dann wird man verstehen, daß die russischen Kriegsgefangenen ebenso unversorgt blieben. Das war keine Absicht, wie dies die Reemtsma-Heer-Schau unterstellt.

Aber wie war vergleichsweise die Lage der deutschen Kriegsgefangenen in Rußland? Von den 3.155.000 Kriegsgefangenen starben etwa 1.200.000, also etwa 40 Prozent, und von den 96.000 in Stalingrad Gefangenen kehrten sogar nur 6.000 in die Heimat zurück. Diese Zahlen führe ich an, nicht um aufzurechnen, sondern nur, um zu zeigen, wie schwierig die Versorgung plötzlich in Gefangenschaft geratener Soldaten ist.

Aber es geht bei der Reemtsma-Ausstellung über das Heer nicht um die historische Wahrheit, sondern um die Diffamierung von 18 bis 20 Millionen Soldaten der Wehrmacht als Verbrecher.

Ist erst einmal die Wehrmacht eine verbrecherische Organisation gewesen, wie dies die Ausstellung suggeriert, dann auch die Bundeswehr, da sie von Angehörigen der ehemaligen Wehrmacht aufgebaut worden ist. Und, da die Bundeswehr eine Stütze unseres freiheitlichen Staates ist, so wäre auch die Bundesrepublik Deutschland als solche in Frage gestellt.

In diese Richtung zielte auch das Verfassungsgerichtsurteil "Soldaten sind Mörder".

Die Urheber der Ausstellung haben diese klugerweise erst fast 50 Jahre nach dem Krieg eröffnet. Ansonsten hätten die Spitzen der damaligen SPD, Schumacher und Erler, aber auch der damalige Leiter der Bundeszentrale für die Verfolgung von Naziverbrechen, Generalbundesanwalt Nellmann, dafür gesorgt, daß die Ausstellung in den "Blauen Tonnen" für Altpapier verschwindet, und sie tingelte dann nicht mehr durch die Lande.

Letztlich gilt immer noch ein altes Wort, das de Gaulle neu geprägt hat: "Den Charakter eines Volkes erkennt man daran, wie es nach einem verlorenen Krieg mit seinen Soldaten umgeht." <<

18.10.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 18. Oktober 1999 über die 50. Preisverleihung des Deutschen Buchhandels in Frankfurt: >>"NS-Geschichte lastet auf uns allen"

... Der Friedenspreisträger und US-Historiker Fritz Stern hat die Deutschen aufgefordert, sich weiter ihrer Vergangenheit zu stellen. ...

In seiner Dankesrede sagte der Sohn jüdischer Eltern vor großer Zuschauerprominenz, darunter Bundespräsident Johannes Rau: "Der Nationalsozialismus lastet auf uns allen."

Stern betonte aber zugleich, daß die Bereitschaft, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen, in Europa immer größer werde. Deutschland sei ein Land, "in dem so viele Bürger sich der Vergangenheit bewußt sind und sich um Versöhnung bemühen." ...<<

21.10.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 21. Oktober 1999: >>Falsche Fotos in Wehrmacht-Ausstellung

Bei der Wanderausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" ist eine Reihe von Fotos fälschlich der Wehrmacht zugeordnet.

Dies dokumentiert der polnische Historiker Bogdan Musial im Vierteljahresheft für Zeitgeschichte". Danach wurden bei der Ausstellung unter anderem exhumierte Leichen gezeigt, bei denen es sich in Wahrheit um Opfer des sowjetischen Volkskommissariats für Inneres (NKWD) handelt. Das NKWD habe im Sommer 1941 ukrainische Zivilisten erschießen lassen; nachweislich seien Fotos dieser Opfer in die Ausstellung gelangt.

Die Wanderausstellung, zusammengestellt vom Hamburger Institut für Sozialforschung (Aus-

stellungsmacher: Jan Philipp Reemtsma), hatte seit 1995 bundesweit rund 800.000 Besucher.
...<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 21. Oktober 1999 über die umstrittene Wanderausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944": >>... Die zweifelhafte Macht der Bilder

Seit rund viereinhalb Jahren debattieren und streiten die Deutschen über die Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944". Neue Studien belegen nun, daß die Veranstalter bei der Auswahl einzelner Fotos falsch lagen. ...

In zwei angesehenen wissenschaftlichen Zeitschriften - "Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte" aus dem Institut für Zeitgeschichte in München und "Geschichte in Wissenschaft und Unterricht" - publizierten die Historiker Bogdan Musial, Krisztián Ungváry und Dieter Schmidt-Neuhaus kritische Anmerkungen zu der seit langem umstrittenen Wanderausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944". Diese geht jetzt in das fünfte Jahr und zählt schon über 800.000 Besucher.

Es ist bemerkenswert, daß zwei der Autoren aus Ostmitteleuropa kommen, der dritte kein Fachhistoriker ist. Renommierten deutschen Historikern scheint offenkundig die Debatte um die Wehrmacht-Ausstellung zu politisch, als daß sie sich noch kritisch äußern wollen. Die Arbeit verblieb daher den akribischen Archivgängern.

Und die haben sich ins Detail vertieft und eine zur Geschichtswissenschaft elementar zugehörige Quellenkritik geübt. Wann entstand das Foto? Wo ist es zu verorten? Wer waren die Täter? Von wem stammt die Bildlegende? Im Gegensatz zu den datierten Textquellen der Ausstellung - Wehrmachtsbefehle, Feldpostbriefe, Prozeßaussagen - gleicht die Überprüfung von Bildern einem Kriminalfall. Die Historiker müssen mit Lupe, Zentimetermaß und Vergleichsbildern aus anderen Archiven arbeiten.

"In zwei polnischen Archiven und im Fotoarchiv des Holocaust-Museums befinden sich mindestens sieben Fotografien, die zweifelsfrei dieselbe Szene darstellen, aber aus einem anderen Blickwinkel", schreibt zum Beispiel Musial, wo es um eine strittige Ortsangabe geht. Manches - so räumen auch die Ausstellungsmacher Hannes Heer und Bernd Boll inzwischen ein - ist auf den Tafeln und im Katalog tatsächlich inkorrekt vermerkt. ...

... Den Vorwurf mangelnder Sorgfalt oder gar Manipulation will sich Heer nicht machen lassen. Man habe nur in angesehenen internationalen Archiven nach Bildmaterial recherchiert und dabei die Bildunterschriften, so wie sie waren, übernommen. Die große Mehrzahl der 801 Fotos des Katalogs seien nach wie vor unbezweifelt. Es sei aber richtig, daß ein sehr krasses Erschießungsbild aus Stari Becej ungarische Soldaten hinter der Waffe zeige - und nicht die Wehrmacht. Ein ähnlicher Fall, mit finnischen Soldaten, wurde aus der Ausstellung bereits entfernt.

... Die Wehrmacht-Ausstellung, von Anfang an umstritten, löste eine wichtige Debatte zur Vergangenheit in Deutschland aus. Selten hat es eine Wanderschau - mit der eigenwilligen Mischung von Kriegsbildern, Alltagsmomenten und Erschießungs- oder Erhängungsszenen - in dem Maße geschafft, das Schweigen zwischen den Generationen aufzubrechen. Die Ausstellungsmacher haben sich mit ihrer verdichteten These des Ostfeldzuges als "großes Verbrechen" sehr exponiert und damit Verantwortung übernommen. Jetzt aber, so scheint es, können sie ihren Kritikern wenig entgegensetzen.

Chronik einer Ausstellung

Sie ist umstritten wie kaum eine andere Ausstellung vor ihr. Bundesweit hat die Wanderschau mit dem Titel: "Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" für heftige Kontroversen gesorgt. Seit ihrer Eröffnung im März 1995 haben rund 860 000 Besucher in 32 Städten die Ausstellung gesehen. Bei fast jeder Station kam es zu Demonstrationen und gewaltsamen Protesten gegen die Fotoschau, in der die Wehrmacht für die systematische Ermor-

dung von Millionen Menschen verantwortlich gemacht wird. ...<<

Die Schwester eines 1943 an der Ostfront gefallenen deutschen Wehrmachtssoldaten schreibt damals (x170/42): >>... Absolut empörend ist die heutige deutsche Darstellung der ehemaligen deutschen Wehrmacht als Verbrecherbande.

Mein Bruder war kein Kriegsverbrecher, sondern das Opfer von Hitlers Wahnsinnspolitik. Ich lehne auch jegliche deutsche heutige Kriegsbeteiligung ... ab, ich lehne die Wehrpflicht für fremde Zwecke ab (außer Landesverteidigung)!

Nicht Soldaten zetteln Kriege an, sondern Politiker!!!<<

23.10.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 23. Oktober 1999: >>Allianz bestätigt Holocaust-Kompromiß

Die Allianz will nach eigenen Angaben 150.000 Akten aus ihrem Archiv daraufhin überprüfen lassen, ob sie Ansprüche jüdischer Holocaust-Opfer aus alten Versicherungsverträgen rechtfertigen. ... Die Allianz rechnet nun damit, daß der Boykottaufruf gegen den Versicherer durch den Weltkongreß nun hinfällig wird. Es gebe entsprechende Äußerungen des Exekutivdirektors der Organisation, Elan Steinberg.<<

05.11.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 5. November 1999 über die umstrittene Wanderausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944":

>>Wehrmachtskritiker stoppen ihre strittige Ausstellung

Einige Fotos zeigen Opfer der Sowjets / Termine in Braunschweig und New York gestrichen Die umstrittene Wehrmachtsausstellung wird nach massiver Kritik von Historikern zurückgezogen und grundlegend überprüft. ... Auch die Auslandsversion der Bilder-Schau über die Verbrechen der Wehrmacht wird nicht wie geplant in den USA gezeigt, wo sie am 2. Dezember in New York eröffnet werden sollte, sagte der Leiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung, Jan Philipp Reemtsma, am Donnerstag. ...

Das Institut für Sozialforschung reagierte damit auf Kritik von Wissenschaftlern, vor allem auf die des polnischen Historikers Bogdan Musial. Musial hatte in den "Vierjahresheften für Zeitgeschichte" (Ausgabe IV/99) im Oktober geschrieben, daß ein in der Ausstellung gezeigtes Bild, auf dem viele Leichen zu sehen sind, nicht eine Massenerschießung der Wehrmacht in Kraljewe (Serbien) dokumentiert, sondern die Ermordung von Gefängnisinsassen Ende 1941 durch den sowjetischen Geheimdienst NKWD im galizischen Lemberg.

Musial versuchte in seinem Zeitschriftenbeitrag zu beweisen, daß wenigstens neun der Fotos der Ausstellung sowjetische Verbrechen zeigen und daß das auch bei weiteren zwei Dutzend vermutet werden kann. Der Historiker sah vor diesem Hintergrund die Glaubwürdigkeit der korrekten Zuordnung auch der übrigen Bilder der Ausstellung erschüttert.

... Die Fehler müssen korrigiert werden, erklärte Reemtsma. An der Grundthese der Ausstellung, der Verantwortung der "Organisation Wehrmacht" an der Vernichtung der jüdischen und nichtjüdischen Bevölkerung im Osten, ändere die jedoch nichts.

Wie viele der insgesamt 800 Bilder falsch betextet wurden, soll nun eingehend geprüft werden. Schon jetzt steht fest, daß etliche Bildlegenden falsch sind, wie der Freiburger Professor Wolfram Wette vom wissenschaftlichen Beirat des Vereins der Förderung der Ausstellung feststellte. Auch der frühere SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel, der zum Kuratorium des Trägervereins gehört, begrüßte das "Moratorium" und räumte Fehler ein. Das ändere aber nichts an der Tatsache, daß die Wehrmacht zweifelsfrei an vielen Verbrechen beteiligt gewesen sei.

Die Wehrmachtsausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung wird seit mehr als 4 Jahren in Deutschland und Österreich gezeigt und hat mehr Aufsehen, Zustimmung und Widerspruch erregt als jede historische Ausstellung zuvor.<<

09.11.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 9. November 1999: >>... Krenz (ehemaliger DDR-Staatsratsvorsitzender) muß eine sechseinhalbjährige Haftstrafe antreten, die ehemaligen SED-Politbüromitglieder Günter Schabowski und Günter Kleiber erhalten je drei Jahre Haft.

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat die Revisionen der Angeklagten und der Staatsanwaltschaft verworfen. ... Der BGH nennt die drei Angeklagten "mittelbare Täter, die für die Erschießung der Flüchtlinge strafrechtlich verantwortlich" seien. ...

... Krenz selbst wird nicht müde zu beteuern, das Verhalten an der innerdeutschen Grenze sei der Souveränität der DDR entzogen gewesen. ...

Die eingeschränkte Souveränität der DDR in Grenzfragen wird vom BGH zwar zugestanden. Doch es sei der DDR möglich gewesen, humane Zustände an der Mauer zu gewährleisten.

...<<

11.11.1999

BRD: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 11. November 1999 über die umstrittene Wanderausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944": >>... "Ja, wir haben Fehler gemacht."

Jan Philipp Reemtsma, der Chef des Hamburger Instituts für Sozialforschung, scheut sich nicht, es zu wiederholen. Am vergangenen Donnerstag ließ er die spektakulärste historische Ausstellung der letzten Jahre schließen: "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944".

Nachdem der deutsch-polnische Historiker Bogdan Musial nachgewiesen hatte, daß mehrere Fotos der von Hannes Heer geleiteten Ausstellung nicht Opfer der Wehrmacht, sondern der sowjetischen Geheimpolizei NKWD zeigen, geriet Reemtsmas Institut ins Kreuzfeuer der Kritik (siehe "ZEIT", Nr. 44). Durch ein "Moratorium" wurde der überhitzte Streit vorerst beendet; es soll dazu dienen, alle gezeigten Bilder von einem unabhängigen Gremium überprüfen zu lassen.

Zunächst hatte es nicht nach einem Einlenken ausgesehen. Mit dem Argument, daß sie die Kernaussage der Ausstellung nicht berührten, ignorierte Hannes Heer selbst seriöse Kritik. Gegen Bogdan Musial ging das Institut sogar mit juristischen Mitteln vor - und griff damit eine Grundvoraussetzung jeder Forschung an: die freie Diskussion unter Gleichberechtigten.

Die gegenwärtige Misere trifft Reemtsma an einer empfindlichen Stelle. Anders als in den Vereinigten Staaten wirkt ein Privatmann, der sich ein professionelles Forschungszentrum aufbaut, in Deutschland noch immer kurios. Das wurde bereits bei der Gründung des Hamburger Instituts für Sozialforschung vor 15 Jahren deutlich.

Eine "richtige Schnapsidee" sei das, wettete die "Welt". Der damals 31-jährige Stifter ließ sich nicht beirren. Schon 1980 verkaufte er die Mehrheitsanteile des Zigaretten-Imperiums, das er als Kind von seinem Vater geerbt hatte. Damit war der radikale Bruch mit der Familientradition vollzogen. ...<<